

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Jean Ziegler: Lumumbas Zahn und die Kolonialverbrechen. Seite 7



## Patek Philippe: Gar nicht nobel

Das Arbeitsklima bei der Edelmarke ist gar nicht edel. Seite 7

## Freie Fahrt für BVG-Abzocker

Der Ständerat schützt die Broker. Die kassierten Millionen fürs Nichtstun. Seite 6

## Neues vom Bau-Gauner

Darum sitzt Daniel Bächtold im Ukraine-Knast. Seite 4

## Das war der Unia Kongress

Die Debatten, die Entscheide, die Wahlen. Seiten 10–13

14. Juni 2021

# Vielfältig violett

100 000 gingen am feministischen Streiktag auf die Strasse. Es war laut, lustvoll und kämpferisch.

Seite 5





GRETA GÖSSI

Der Freisinn hat seine Frauen also doch nicht so gern, wie er einst behauptete. Der Rücktritt seiner Chefin zeigt das deutlich. Seit Wochen stand Petra Gössi im Sperrfeuer von rechts. Obwohl sie selber auch nicht im Verdacht steht, eine Linksliberale zu sein. Wer solche Parteikollegen hat, braucht wahrlich keine Feinde mehr. «Greta Gössi» verhunzten sie sie (Öko-Aktivistin Greta Thunberg lässt grüssen!), weil sie dem absaufenden Freisinn einen

FDP? Wo- für steht's?

grünen Anstrich verpassen wollte. Die Parteibasis folgte ihr, doch die Schakale heulten. NZZ und die «Weltwoche» schrieben mit. Gössi hat kein Charisma! Gössi wird still, wenn sie laut sein sollte. Gössi kann nicht durchgreifen. Nicht diktieren. Wie dies Vorgänger Philipp Müller so exzellent konnte. Und vor allem: Gössi lächelt mit den Linken um die Wette. Das sei nicht liberal. Nicht liberal! Nicht liberal!!! Wie lange noch, Petra Gössi?

SPÄTE EINSICHT. Jetzt ist Gössi weg. Und sagt: «Nie in meiner Karriere, weder während des Studiums noch im Kantonsrat oder bei meiner Arbeit, war mein Geschlecht ein Thema. Nur die Leistung zählte. Seit ich Parteipräsidentin bin, ist das anders. Ich hätte das nie gedacht: Aber es spielt tatsächlich eine Rolle, dass ich eine Frau bin.» Späte Einsicht in alte Weisheiten: Von allen Parteifrauen hatten es die freisinnigen schon immer am schwersten. Das sagt die Berner Historikerin Fabienne Amlinger. Sie hat die Geschichte der Frauenorganisationen von SP, CVP und FDP erforscht. Und erklärt den Grundwiderspruch der FDP-Frauen so: «Sie vertreten das liberale Credo: «Wer sich nur genug anstrengt, der schafft es auch.» Wenn eine Frau einen Posten also nicht bekommt, ist sie quasi selber schuld. Gleichzeitig haben diese Frauen immer wieder erlebt, dass sie, selbst wenn sie sich noch so reinknien, die männlich dominierten Strukturen nicht durchbrechen können.» Allzu lange lehnten die freisinnigen Frauen auch Quoten ab. Zur vollen Zufriedenheit der Männer. Das ewige Scheitern der FDP-Frauen hat also genau damit zu tun, dass für sie das «Geschlecht» kein Thema ist. So wie für Petra Gössi lange auch nicht.

FEUER UND FLAMME. «Lieber gleich berechtigt als später.» Das forderten die Frauen am 14. Juni. 100 000 fluteten am diesjährigen Frauenstreiktag die Strassen. Und sie sprachen vom Geschlecht. Von den Geschlechtern. Und von den geschlechtsspezifischen Diskriminierungen. Und wie! Laut, lustvoll und locker: «Feuer und Flamme fürs Patriarchat!» work war dabei und zeigt die tollen Bilder. Und die Frauen sprachen auch vom Klima. FDP? Wofür steht's? Ah ja, klar: «Fuck the Planet!

work-Autor Clemens Studer zu den Abstimmungen vom 13. Juni  
Die Schweiz vergiftet weiter – und wird weiter vergiftet

Der vergangene Sonntag wird als Durchmarsch der reaktionären Schweiz in die Geschichte eingehen: Böden, Trinkwasser, Nahrungsmittel können weiter vergiftet werden. Das Klima wird nicht einmal pro forma geschützt. Die von der Schweiz unterzeichneten Ziele des Pariser Abkommens – selbst sie ungenügend – können nun nicht mehr eingehalten werden. Rund 60 Prozent der Stimmberechtigten nahmen an den Abstimmungen teil. Durchgesetzt hat sich ein von den Chemie- und Erdöllobbys finanzierter Landsturm.

Clemens Studer.

GEKAUFTE GIFTBAUERN

Am höchsten war die Ablehnung in ländlichen Gemeinden, die sich ohne Transferzahlungen von Städterinnen und Städtern nicht einmal das Bier aus der Landi leisten könnten

Die Entwicklung der Umwelttechnologien könnte die Schweiz einfach überrollen.

fürs Apéro nach der Gemeindeversammlung. Geschweige denn Strassen, Schulen und Wasserversorgung. Alles finanziert mit Subventionen, dem Erlös aus überteuerten Lebensmitteln und aus dem Finanzausgleich. Regelmässig stellt sich der Bauernverband an die Seite der Erdöllobby, der Chemie-Multis, der Immobilienhaie, der internationalen Rohstoffkonzerne. Und lässt sich das alles gut bezahlen. Auch mit verbilligtem Treibstoff, der still geduldeten Zuchtier-Quälerei, absurden Subventionen für die Pflege des eigenen Hausgartens, mit geschenkten Kinderzulagen – und auch damit, dass sie sich nicht an das Arbeitsgesetz halten müssen.

EINSTELLTAGE

Gerade die SVP ist immer vorne mit dabei, wenn es darum geht, Menschen in Not zu drangsaliieren: Stellenlose, Sozialhilfebedürftige und IV-Rentnerinnen und -Rentner.



FEUCHTFRÖHLICH: (v.l.) Christian Imark, Albert Rösti, Hans Egloff (alle SVP), Patrik Eperon vom Centre Patronal und Thomas Hurter (SVP) freuen sich, dass weder Böden noch Wasser noch Klima gesünder werden. FOTO: KEYSTONE

Einstelltage heisst das dann im Beamtendeutsch. Vielleicht wäre es höchste Zeit, einmal darüber nachzudenken, ob die Mehrheit der Bezahlenden nicht einfach mal der Bauernsame 365 Einstelltage aufliegen sollte. Ein Jahr lang einfach mal die Milliarden sparen, die aus den Städten und von den Lohnabhängigen dort abgesogen werden. Der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandprodukt (vereinfacht: die Wertschöpfung) entspricht ziemlich genau jener Summe, mit der sie direkt oder indirekt von den Lohnabhängigen finanziert wird.

Die Bäuerinnen und Bauern würden dieses Einstelljahr wohl gut ertragen, denn seit Jahrzehnten sind sie die einzige Berufsgruppe, die in der Schweiz faktisch von einem garantierten Mindesteinkommen profitiert. Und das Gift für die Felder würden die Chemiemultis sicher auch auf Pump liefern. Schliesslich dürfen sie jetzt weiterhin Böden, Trinkwasser und Lebensmittel vergiften.

Man könnte ja jetzt als Konsumentin und Konsument denken, nun erst recht nur noch bio-gelabelte Produkte kaufen! Das ist sicher vernünftig. Bloss: Biosuisse hat sich im Abstimmungskampf auf die

Seite der Pestizid-Fraktion gestellt. Was sie dazu bewogen hat, bleibt unklar. Klar ist nur: Die Knospe riecht derzeit ziemlich modrig.

LINKE FEHLER

Fehler haben auch die fortschrittlichen Kräfte gemacht. Der ökologische Umbau in der Schweiz hat keine Bundeshaus-Gesichter, die mitreissen. Und er ist zahmer als in Deutschland oder sogar in Italien. Dort will der neue Energieminister, Roberto Cingolani, vorwärts-machen und bis 2030 100 Milliarden Kilowattstunden neuen erneuerbaren Strom produzieren. Zusätzlich! Auch jene Linken und Klimabewegten, die gegen das CO<sub>2</sub>-Gesetz weibelten, weil es ihnen zu wenig weit ging, waren für die Durchsetzung an der Urne nicht grad hilfreich. Und dann ist da noch der Fehler, den die Rot-Grünen seit Jahren machen: Sie sind zu brav, zu kompromissbereit, zu romantisierend, was die Landwirtschaftspolitik angeht. Mit einem kleinen bisschen historischem Bewusstsein würden sie sich daran erinnern, dass der Grundstein für die Bauern-Verhältnisschelung am 24. November 1917 im Bierhübeli Bern gelegt wurde. Bei der Gründung der BGB, der Bauern-, Gewerbe-

und Bürgerpartei, der heutigen SVP. Dort trat ihr späterer Bundesrat Rudolf Minger mit dem Versprechen an, das Kapital gegen die Arbeitenden zu verteidigen. Was dann im Landesstreik auch geschah. Bauern schossen Arbeiter nieder unter dem Kommando von deutschfröntlerischen Offizieren. Und gründeten «Bürgerwehren» gegen die Streikenden. Das hat das Kapital nie vergessen und hätschelt die Bäuerinnen und Bauern bis heute.

UND JETZT?

Zu lange hat sich die Linke vom sogenannten «liberalen» Weg der Lenkungsabgaben einlullen lassen. Der ist am Abstimmungswochenende kracchend gescheitert. Der Weg kann deshalb vorläufig nur in einem Subventionssystem bestehen. Zum Beispiel in der Unterstützung umweltfreundlicher Heizsysteme. Doch das wird nicht reichen, denn das Klima ist gekippt, die Böden und das Trinkwasser sind vergiftet. Führt die Schweiz beim ökosozialen Umbau also weiterhin Schlafwagen, könnte es gut sein, das sie nicht nur von den Nachbarländern abhängt, sondern auch von der rasanten Entwicklung der Technologien im Umweltbereich einfach überrollt wird.

FDP: Präsidentin Petra Gössi schmeisst hin

Petra Gössi, FDP-Präsidentin seit 2016, hat genug: Sie tritt per Ende Jahr zurück. Angeblich, weil sie sich wieder vermehrt auf ihren Beruf konzentrieren will. Können wir glauben, müssen wir aber nicht.

ZERMÜRBT. Denn Gössi, durch und durch bürgerlich, wurde vom rechten Flügel der Partei beziehungsweise ihrer Bundeshausfraktion seit längerer Zeit

angeschossen. Meist anonym und gerne auch via SVP-Partei-presse. Ihr «Vergehen»: sie wollte die FDP wieder auf den ökologischen Pfad der früheren Jahre zurückführen. Und hat dafür auch das Placet der Mitglieder bekommen. Hintergedanke: die GLP ist zwar genau so antisozial wie die FDP, hat aber ein



Petra Gössi. FOTO: KEY

schickes grünes Mäntelchen, das bei den Wählenden gut ankommt. Während die FDP von Niederlage zu Niederlage stolpert. Jetzt haben jene Gössi zermürbt, die ihr Heil wieder im Seitenwagen der SVP suchen. Obwohl genau damit der FDP-Nieder-gang begann. Und ihr zwei der schlechtesten

Bundesräte der letzten Jahrzehnte eingebrockt hat. Zuerst Hans Rudolf Merz, der die UBS-Krise nur darum nicht vermässeln konnte, weil er mit Herzinfarkt ausfiel. Und jetzt Rahmenabkommen-Bruchpilot Ignazio Cassis. Die Regelung der Nachfolge wird zeigen, wohin sich die FDP bewegt. Grosse Wahrscheinlichkeit: zurück zur 3-A-Partei: für Auspuffe, AKW und Abzocker. (cs)

Lohn: Zwei Erfolge

Der Abstimmungs-sonntag war für die Linksgünen in diesem Land eine Enttäuschung. Gott sei Dank gab's aber auch noch zwei wichtige Erfolge an der Urne: Die Stimmdenden des Kantons Jura nahmen eine Initiative der Unia an. Diese verlangt auf kantonaler Ebene Massnahmen zur konkreten Umsetzung der im Gleichstellungsgesetz des Bundes festge-

schriebenen Lohn-gleichheit. Ja-Anteil: 88,3 Prozent!

MINDESTLOHN. Der Kanton Basel-Stadt führt als erster Deutschschweizer Kanton einen Mindestlohn ein. Zwar obsiegte der Gegenvorschlag mit 21 Franken und zahlreichen Ausnahmen über die Gewerkschaftsinitiative, die 23 Franken forderte. Aber immerhin. (cs)





AM ANSCHLAG: Pflegende am Unispital Lausanne.  
FOTO: KEYSTONE

# Lausanne: Pflegende am Unispital Chuv haben die Nase voll

## Am 23. Juni ist Spital-Streiktag

**Streiken im Spital? Geht das überhaupt? Klar, sagt der VPOD. Und klar, sagt auch Anästhesiepflegerin Silvia Habekost aus Berlin. Man müsse nur wissen, wie.**

CHRISTIAN EGG

Erschöpft und wütend sind die Pflegerinnen und Pfleger am Unispital Chuv in Lausanne. Erschöpft, weil sie seit 15 Monaten fast permanent im Corona-Ausnahmestand chrampfen müssen. Und wütend, weil die Politik nichts gegen ihre Überlastung tut. David Gyax von der Gewerkschaft VPOD sagt: «Wir sind auf die Strasse gegangen. Wir haben unzählige Versammlungen abgehalten. Wir haben mit der Kantonsregierung verhandelt. Und nichts ist passiert.»

### UND DIE PATIENTINNEN?

Immer wieder haben die Pflegenden ihre drei Forderungen wiederholt: mehr Personal, eine Corona-Prämie für alle und bessere Löhne! Immer wieder gab es Absagen oder bestenfalls halbhatzige Schritte. Ende Mai kochte die Wut über. Mit grosser Mehrheit beschlossen die Mitarbeitenden: Wir streiken. Am 23. Juni. Den ganzen Tag lang.

Streiken in der Pflege: Gefährdet das nicht die Patientinnen und Patienten im Spital, die Bewohnerinnen und Bewohner im Heim? Keineswegs, sagt Silvia Habekost. Sie ist Anästhesiepflegerin an einem städtischen Spital in der deutschen Hauptstadt Berlin. Und sie hat schon oft gestreikt.

Das Vorgehen ist einfach: Die Streikleitung fragt auf allen Abteilungen, wer bereit sei zu streiken. Die Zahlen teilt sie dann rechtzeitig der Spitalleitung mit. Habekost: «Für den Rest sind nicht mehr wir verantwortlich.» Am einfachsten funktioniert dies bei den Operationssälen. Wenn

### «Einmal haben wir eine ganze Station leergestreikt.»

ANÄSTHESIEPFLEGERIN SILVIA HABEKOST

von sechs OP vier bestreikt werden, weiss das Spital, dass es geplante Operationen verschieben muss.

Auch bei den Bettenstationen beeinflussen vor allem die geplanten Operationen, wie stark sie belegt sind. Habekost: «Wenn auf einer Station ein Drittel streikt, sagen wir das drei Tage vorher. Das reicht, um die Belegung zurückzufahren.» Auch der VPOD will dem Unispital Lausanne einige Tage im voraus bekanntgeben, wo wie viele Pflegenden streiken werden.

Anästhesiepflegerin Habekost ging auch schon weiter: Einmal hätten sie eine ganze Station leergestreikt, sagt die Aktivistin, die Mitglied bei der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ist: «Wir sagten der Leitung: In acht Tagen streiken

dort alle. Ihr seid dafür verantwortlich, dass bis dann die Betten leer sind. Da haben die Schiss bekommen und alle Operationen verschoben.»

### 52 TAGE STREIK

Noch weiter gingen die Pflegenden der Uniklinik Düsseldorf: Vor drei Jahren streikten sie 52 Tage am Stück. Am Schluss gab die Klinik klein bei und schuf 180 zusätzliche Pflegestellen.

Habekost stellt klar: «Nicht der Streik gefährdet die Patientinnen und Patienten. Sondern der Personalmangel, der mittlerweile Normalzustand ist.» Fast täglich gebe es Abteilungen, an denen sträflich zu wenig Mitarbeitende eingeteilt seien. Engagierte Pflegenden teilen dies dem Arbeitgeber jeweils schriftlich mit. Doch die Leitung reagiere kaum je darauf. «Weshalb», fragt Habekost, «sollten wir da nicht streiken?»

Der Druck auf die Pflegenden nimmt auch in der Schweiz immer mehr zu. Und damit steigt die Unzufriedenheit im Job. Dennoch erschrecken viele Pflegenden erst mal beim Wort «Streik». Samuel Burri, Unia-Branchenleiter Pflege: «Wenn wir aber aufzeigen, wie es geht und dass der Arbeitgeber für den Betrieb verantwortlich ist, wird ein Streik für viele vorstellbar.» Schliesslich gab es auch in der Vergangenheit Beispiele.

### BERN WAR VORAUSS

2018 streikten Pflegenden im Kantonsspital Freiburg gegen eine Verschlechterung ihrer Löhne. Rund 60 Mitarbeitende legten ihre Arbeit nieder, zweieinhalb Stunden lang. Einen eintägigen Warnstreik gab es bereits 2008 am Unispital Lausanne. Und in den 1980er Jahren mobilisierte die Spitalbewegung im Kanton Bern Pfl-

### Bundesgericht: Streikverbot «unverhältnismässig»

Das Streikrecht ist in der Bundesverfassung verankert. Es gilt grundsätzlich auch für Pflegerinnen und Pfleger. Das bekräftigte das Bundesgericht 2018.

Zwar steht in der Verfassung, das Gesetz könne «bestimmten Kategorien» von Personen das Streiken verbieten. Gemeint sind etwa Polizistinnen oder Gefängniswärter. Der Kanton Freiburg wollte aber auch seinem Pflegepersonal jeglichen Streik untersagen. Zwei Pflegefachpersonen wehrten sich dagegen – mit Erfolg: Das Verbot sei «unverhältnismässig», so das Bundesgericht. Es erklärte den Paragraphen für ungültig.

**GUTE PLANUNG.** Klar ist: Ein Streik im Spital oder Heim muss gründlich vorbereitet werden. Denn, so Paolo Marchi, Leiter des Unia-Rechtsdienstes: «Die Versorgung der Patientinnen und Patienten muss gewährleistet bleiben.» (che)

gerinnen und Pfleger für höhere Löhne. Die spätere Nationalrätin Therese Frösch war damals VPOD-Frau. Heute sagt sie: «Das Pflegepersonal war gar nicht militant. Wir gingen ganz süßerli an mit Standaktionen.» Danach kamen Protestpausen und schliesslich eine Demo von 3000 Pflegenden. Die wirkte: Kurz darauf beschloss das Kantonsparlament höhere Löhne und einen Zuschlag für Nachtarbeit.

## DPD-Fahrer schlagen Alarm

**BUCHS ZH.** Sie müssten unter «unhaltbaren» Bedingungen arbeiten, schreiben 180 Fahrer und Logistikerinnen des Päckliendienstes DPD: überlange Arbeitstage, mangelnde Zeiterfassung, lotttrige Fahrzeuge. Die Mitarbeitenden aus allen 11 Depots in der Schweiz haben genug. In einer Petition fordern sie die Erfassung und Bezahlung ihrer Arbeitsstunden, sofortige Verhandlungen sowie das Ende der Drohungen gegen Gewerkschaftsmitglieder. In einem offenen Brief an die DPD-Muttergesellschaft Geopost fordern auch 24 Mitglieder des EU-Parlaments: Die Missstände bei DPD seien sofort zu beheben.

### Hungerstreiks bei Swissjust

**WALZENHAUSEN AR.** Swissjust Argentina, ein Partner des appenzellischen Kosmetikmultis Just, ist erneut in Aufruhr. Fünf Mitarbeitende seien «aus fadenscheinigen Gründen» entlassen



**NICHT JUST: Hier Alpenduft – dort Hungerstreik.** FOTO: YOUTUBE

und weitere zehn dispensiert worden, teilt die Belegschaft mit. Betroffene treten seither immer wieder in befristete Hungerstreiks. Erst im April war es nach einem monatelangen Arbeitskampf, einer Unia-Intervention und einer Vermittlung von Just zu einer Einigung gekommen. Diese sieht die Übernahme der Swissjust-Belegschaft durch einen Logistikriesen vor. Unia-Mann Lukas Auer fordert: «Just muss erneut aktiv werden und diesmal nachhaltig dafür sorgen, dass die Partner getroffene Vereinbarungen respektieren.»

### Hölzerne-Demo am 3. Juli

**ZÜRICH.** Weil die Chefs ein fertig verhandeltes Vertragspaket der Sozialpartner ablehnten, haben die Schreinerinnen und Schreiner keinen Gesamtarbeitsvertrag mehr – und dies seit einem halben Jahr! Im vertragslosen Zustand zerfleischt sich die Branche im ungezügelten Wettbewerb, Lohn- und Sozialschutz fallen weg, Dumping-Buden machen sich breit. Deshalb schlagen die gewerkschaftlich organisierten Schreinerinnen und Schreiner jetzt Alarm und fordern: «Arbeitgeber zurück an den Verhandlungstisch!» Zudem mobilisieren sie zu einer Protestkundgebung am 3. Juli, 11 Uhr, Lindenhof, Zürich.

### Millionenstrafe für Ikea-Spitze

**VERSAILLES (FR).** Spionage kann teuer werden. Das weiss Ikea spätestens seit dem 15. Juni, als das Strafgericht Versailles den französischen Ableger des Möblierriesen zu einer Geldstrafe von einer Million Euro verurteilte. Zudem verurteilte es einen Ex-Geschäftsführer zu zwei Jahren Haft auf Bewährung. Ikea habe über eine externe «Sicherheitsfirma» persönliche und vertrauliche Daten von Kunden und Mitarbeitenden gesammelt – und zwar mit betrügerischen oder unrechtmässigen Mitteln. Von der Bespitzelung besonders betroffen waren Mitglieder der Gewerkschaft Force ouvrière. Diese erstattete in der Folge Anzeige.



# St. Galler Bau-Gauner: Ermittlungen wegen Millionen-Bschiss Covid-Kredite und ein Malediven-Strand

**Immo-Hai Daniel Bächtold wollte work verklagen, während er im Badeurlaub auf den Malediven weilte. Jetzt interessiert sich aber die St. Galler Staatsanwaltschaft für ihn.**

JONAS KOMPOSCH  
Knall auf Fall 30 Baubüezer und Büroangestellte schassen, dabei nicht einmal ihre verdienten Löhne zahlen. Dann der Unia mit Drohgebärden auf

**«Der Grossteil der Covid-19-Kredite ist verschwunden.»**  
EX-KADERMITARBEITER

warten, weil sie sich für die Geprellten einsetzt. Zeitgleich die Bude bankrottgehen lassen, sich so der Schulden entledigen und das Ganze mit einer neuen Firma wiederholen. Schliesslich noch work vor Gericht zerren, die Zeitung, die das gesamte Trauerspiel schonungslos ans Licht brachte.

So fuhrwerk Daniel Bächtold (63), Immobilienhai aus dem St.Galler Rheintal. In der Branche ist er bekannt als Schlüsselfigur in einem verworrenen Firmenkonglomerat für Immobiliengeschäfte. Und als faktischer Herrscher über zahllose Briefkasten- und Baufirmen. Viele davon wechseln Namen und Sitz so häufig, dass Gläubiger bald verzweifeln. Und Behörden leicht den Überblick verlieren. Denn auch die Verwaltungsratssitze werden immer wieder mit neuen Strohmännern be-



Immo-Hai wollte work verklagen – jetzt geht’s ihm selbst an den Kragen

## St. Galler Bau-Gauner

DANIEL BÄCHTOLD: Faktischer Herrscher über ein Imperium von Briefkasten- und Baufirmen, zurzeit hinter Gittern.

setzt. Bächtold selbst gibt sich dabei stets nur als «Aktionär» oder als «Berater», also als jemand, der ohne Geschäftsverantwortung tätig sei. Doch mit solchen Gaunereien dürfte nun Schluss sein.

### ABFLUG VOR ANZEIGE

Denn seit bald drei Monaten sitzt Bächtold in Auslieferungshaft – und zwar in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Dorthin hatte sich der St.Galler schon im Dezember 2020 abgesetzt – zusammen mit seiner neuen Gemahlin. Ein ehemaliger Geschäftspartner sagt zu work: «Wir waren völlig überrascht, denn Daniel verschwand Hals

über Kopf. Und je länger sein Aufenthalt dauerte, desto skeptischer wurden wir.» Im Januar ging dem Bächtold-Partner schliesslich ein Licht auf. Denn jetzt hatte die St.Galler Steuerbehörde gegen Teile des Firmenimperiums Anzeige erstattet. Hatte Bächtold den Brauten gerochen und vorzeitig die Flucht ergriffen? Das vermutet der Ex-Geschäftspartner. Er sagt: «Wenn ich ihn am Telefon hatte, sprach er nie Klartext. Er hatte Angst, abgehört zu werden.»

### GROSSRAZZIA IM THURGAU

Mittlerweile war es Mitte März, und in der Schweiz platzte der Prozess gegen work. Bächtold hatte «Persönlichkeits-

verletzung» geltend gemacht, war aber nicht aufgekreuzt. Verständlich, denn die Justiz war ihm dicht auf den Fersen. Ende März folgte eine grossangelegte Polizeirazzia. Im Visier: die Schweizer Rendite-Immobilien AG, die Muttergesellschaft in Bächtolds Wirkungskreis. 20 Beamtinnen und Beamte durchsuchten deren Büros in Egnach TG.

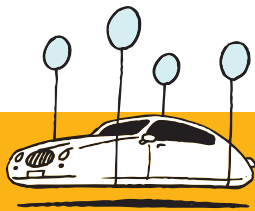
Wie sehr das Bächtold kümmerte, ist allerdings ungewiss. Denn just in jener Zeit liess er auf den Malediven die Seele baumeln. Erst nach zwei Wochen Strandferien ging’s am 2.April zurück nach Kiew. Dort klickten noch am Flughafen die Handschellen (work berichtete [rebrand.ly/ukraineknast](#)).

Unterdessen ist bekannt, warum: Mutmasslicher Betrug von Covid-19-Krediten in der Höhe von fast 1,5 Millionen Franken. Ausserdem mutmassliche Konkurs-, Vermögens- und Urkundendelikte. Das machte das «St.Galler Tagblatt» publik und berief sich auf die St.Galler Staatsanwaltschaft. Es gilt die Unschuldsvermutung. Daniel Bächtold war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Zu den Covid-Krediten sagt ein ehemaliger Kadermitarbeiter des Konglomerats über eine von mehreren Firmen: «Wir haben problemlos knapp eine halbe Million Franken Covid-19-Kredite erhalten, doch der Grossteil davon ist auf ominöse Weise verschwunden.» Die gesamte Deliktsumme von 1,5 Millionen Franken erscheint allerdings fast harmlos gegenüber dem Total der Geldforderungen an Daniel Bächtold: 107'797'133 Franken! So zumindest war der Stand gemäss Betreibungsregister Ende Mai, als das St.Galler Konkursamt den Privatkonkurs über Bächtold eröffnete.

### BÄCHTOLD-SAGA GEHT WEITER

Wann aber die Ukraine den Immo Hai der Schweiz aushändigt und ob überhaupt, steht in den Sternen. Das Bundesamt für Justiz schreibt auf Anfrage: «Einen Entscheid der Ukraine haben wir bisher nicht erhalten. Generell können Entscheide dieser Art mehrere Monate in Anspruch nehmen.» Aus informierten Kreisen heisst es derweil, Bächtold habe längst erleichterte Haftbedingungen erwirkt, inklusive grosszügigen Besuchsrechts. Ausserdem verfüge er mittlerweile sogar über digitale Kommunikationswege nach ausserhalb der Gefängnismauern. Die Bächtold-Saga ist also nicht zu Ende. Noch nicht.

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# Pharma-Forschung: Nur Brösmeli für den Staat

**Der Pharma-Kapitalismus funktioniert völlig chaotisch. Das zeigt das neue und brisante Buch «Die CureVac-Story». Verstaatlichungen wären zwar eine Alternative, aber sie brauchten globale Regeln. Deshalb müssten Linke und Gewerkschaften national und international eine Strategie entwickeln. Ein Vorschlag.**

Frage an unsere Leserinnen und Leser: Welche zwei Unternehmen verwöhnen ihre Aktionärinnen und Aktionäre weltweit mit den höchsten Dividenden? Die Antwort: Roche und Novartis. Pro Jahr streicht ihr Sofa-Aktionariat nicht weniger als 13 Milliarden Franken ein.

Und zweite Frage: Wie viel kostet die Entwicklung eines neuen, wirksamen Medikaments? Die Schätzungen gehen bis zu 3 Milliarden Franken. Verglichen mit den Dividenden von Roche und Novartis würde dies also bedeuten, dass allein diese beiden Konzerne pro Jahr zusätzlich 4 neue und wirksame Medikamente auf den Markt bringen könnten. Die bestbezahlten Manager

und die bestverwöhnten Aktionäre weltweit haben in der laufenden Coronakrise leider kläglich versagt. Sie entwickelten allein oder mit Dritten keine Impfstoffe. Ihre teuren Schnelltests sind so was von unbrauchbar. Und von wirksamen Medikamenten kann bisher keine Rede sein.

**GLOBALE REGELN.** Noch nie haben sich so viele Menschen für die Pharmaindustrie interessiert wie heute. Noch nie wurde so klar, dass die Welt ein Dorf ist und dass alle Menschen Anspruch auf halbwegs gleichzeitige Impfungen haben müssten. Auch im Interesse der Reichen und Superreichen.

Damit alle Menschen weltweit geimpft wären, brauchte es 15 Milliarden Impfdosen. Auch wenn diese durchschnittlich 10 Franken kosten, würde dies weniger ausmachen als einen Viertel der jährlichen Verteidigungsausgaben der USA.

Das neue und brisante Buch «Die CureVac-Story» zeigt gar romanhaft auf, wie chaotisch der Pharma-Kapitalismus heute funktioniert. Verstaatlichungen wären zwar eine Alternative, aber sie brauchten

globale Regeln. Deshalb müssten Linke und Gewerkschaften national und international eine Strategie entwickeln. Ein Vorschlag dazu zwecks Anregung einer überfälligen Diskussion: **Standbein 1:** Alle Länder investieren 1 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts (BIP) in medizinische Forschung und Entwicklung. Würde für die Schweiz rund 7 Milliarden Franken pro Jahr ausmachen. Das würde die Arbeit von 35'000 Forschenden finanzieren. **Standbein 2:** Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) würde die Forschungsschwerpunkte festlegen. Wir brauchen unbedingt Antibiotika, die gegen heute resistente Keime wirken. Genau wie Medikamente, die Alzheimer-Erkrankungen stoppen. Mindestens die Hälfte der staatlichen Gelder müssten in solche Schwerpunktprojekte fließen. **Standbein 3:** Alle Erfindungen würden patentiert. Parallel dazu aber alle Resultate aller

Forschungsarbeiten laufend offengelegt. Die WHO würde die Patente verwalten und vernünftige Nutzungsgebühren festlegen. **Standbein 4:** Neue Medikamente müssten umgehend weltweit in genügenden Mengen verfügbar sein. Und die Preise aufgrund der Kaufkraft der jeweiligen Länder abgestuft werden. Die Grössenordnungen: Das BIP pro Kopf ist im westafrikanischen Land Burkina Faso 70 Mal tiefer als in der Schweiz. Die WHO

würde in diesem Prozess zur globalen Preisüberwacherin mutieren. Utopisch? Vielleicht. Sicher aber konzeptionell mit viel Luft nach oben. Faktisch haben die Staaten ja weitgehend die Entwicklung und Produktion vorab der mRNA-Impfstoffe finanziert. Trotzdem fließen die Gewinne nicht zurück an die Staaten, sondern in die Taschen der Aktionärinnen und Aktionäre der Pharmamultis. Das muss nicht weiterhin so bleiben.



DIE CUREVAC-STORY: Das neue und brisante Buch von Wolfgang Klein zeigt romanhaft auf, wie chaotisch der Pharma-Kapitalismus heute funktioniert. FOTO: ZVG

### LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/alzheimer-medikament](#)

Die US-amerikanische Medikamenten-Zulassungsbehörde FDA hat erstmals seit 19 Jahren ein neues Medikament gegen Alzheimer zugelassen. Wirkt es wirklich? Die Ansichten sind geteilt. Das Biogen-Medikament soll pro Jahr und Patientin oder Patient absurde 50'000 Franken kosten. Der absehbare Umsatz jährlich 5 bis 10 Milliarden Franken betragen. Nur die Reichen und Superreichen werden sich diese Therapie leisten können.

**BRÖSMELI.** Die entscheidenden Erfindungen für dieses Medikament wurden an der staatlichen Universität Zürich gemacht. Sie hat diese patentieren lassen. Und hofft, dass sie so 2 Prozent des Umsatzes rückerstattet bekommt. Das würde pro Jahr 100 bis 200 Millionen Franken ausmachen. Genau so darf es nicht weitergehen. Die Brosamen für den Staat, die Sahnetorten fürs Aktionariat.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](#)





**LILA WELLE:** So wie in Bellinzona (oben) und in Zürich (mitte, unten) gingen am feministischen Streiktag landesweit Tausende auf die Strasse. FOTOS: KEYSTONE/ UNIA

14. Juni: Keine Ruhe dem Patriarchat

# «Ufe mit de Frauelöhn, abe mit de Boni!»

Tri tra trullala, der Frauenstreik ist wieder da! Und wie! Laut, lustvoll und voller Tatendrang ist der feministische Streiktag 2021! In der ganzen Schweiz gingen mindestens 100 000 Frauen und solidarische Männer auf die Strasse, um für Respekt, mehr Lohn und mehr Rente aufzustehen. work war dabei.

PATRICIA D'INCAU, RALPH HUG,  
JONAS KOMPOSCH,  
ANNE-SOPHIE ZBINDEN

**BERN, NACHMITTAG:** Altersheim Tilia in Wittigkofen bei Bern. Ein Team der Unia Bern verteilt in der Mittagspause den Mitarbeitenden Muffins und Info-Flyer, um auf die Demo vom Abend aufmerksam zu machen. Die Aktivierungstherapeutin Elisabeth H. ist sofort dabei. Um endlich, endlich gleichen Lohn für Frauen und Männer einzufordern. «Unsäglich, dass das immer noch ein Thema sein muss», sagt die 58-jährige, die schon am ersten Frauenstreik 1991 dabei war. «Stattdessen sollen jetzt die Frauen länger arbeiten mit der AHV-Reform! Hallo?»

**BERN, ABEND:** Da gehen sie, Frau neben Frau, verbunden mit lila Tüchern. Sie gehen, weil es mit der Gleichstellung nicht vorwärtsgeht. Wer über die Strasse will, muss warten: keine Chance, die Frauenkette zu durchbrechen. Sie reicht vom Waisenhausplatz bis zur Kornhausbrücke und wieder zurück –

**«Ich mache die gleiche Arbeit wie mein Mann, doch ich verdiene weniger, das kann doch nicht sein!»**

PFLGERIN ALICIA

fast 1000 Meter Frauenforderungen. Auch Leila ist dabei, im lila Look. Sie sagt: «Es muss endlich Schluss sein mit sexualisierter Gewalt.»

Später, auf dem Bundesplatz, werden es an die 30 000 Demonstrierende sein: denn ein lauter, lila Demozug stösst dazu. Pflegerin Alicia ist mit Mann Hans-Peter und Baby Laurin da. Sie sagt: «Ich mache genau die gleiche Arbeit wie mein Mann, doch ich verdiene weniger, das kann doch nicht sein!» Sagt's und stösst den lila dekorierten Kinderwagen weiter durch die Menge.

**LUZERN:** Die Sonne brennt, das Thermometer steigt, Luzerns Streikfreudige sitzen in Grüppchen im Schatten, lauschen den «Lauter Luisen» auf der Hauptbühne oder spazieren von Streikstand zu Streikstand. Die Unia-Frauen in leuchtendem Pink, Pflegerin Tanja Wolleb (44) in Blau. Ihr Arbeitstenu, in dem sie später auch an die Demo geht, denn in ihr brodelt's: «Unsere Arbeitsbedingungen haben sich nach Corona überhaupt nicht verbessert. Bei der zweiten Welle wurde nicht einmal mehr über uns berichtet! Obwohl die uns noch schlimmer getroffen hat, als die erste.» Personalaufstockung? Fehlanzeige! Für Wolleb ist deshalb klar: Was es braucht, ist ein Pfleigestreik.

**ST. GALLEN:** Am Vadian-Denkmal hängt ein lila Frauenzeichen. Rund 300 Frauen gehen durch die Marktgasse. Laut tönen die «Viva la vulva!» Rufe, und auch das bekannte «Ufe mit de Frauelöhn, abe mit de Boni!» erfüllt die Altstadt. Die Rednerinnen, allesamt unter 30, sprechen über Ungleichheit, Tiefelöhne und männliche Annäherung. Viel Applaus erntet der Ausruf «Die Scham ist vorbei!». Die Slammerin Mia Ackermann berichtet in atemlosen Rei-

**workfrage:**  
**Rentenalter 65 für Frauen. Top oder Flop?**

**Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!** Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

men über ihre «I don't care»-Arbeit, und die Pflegefachfrau Jasmina Wehrli geht hart ins Gericht mit der Politik, die trotz Applaus und vielen Versprechungen für eine Besserstellung untätig geblieben sei. Ihre sarkastische Bemerkung dazu trifft ins Schwarze: «Haben Sie schon einmal an der Kasse mit Klatschen bezahlt?»

**THUN:** Konfetti wirbeln durch die Luft. Und lila Kartonstücke. Immer wieder hauen die Frauen drauf: Einmal, zweimal, bis von der Ungleichheits-Piñata kein einziger Buchstabe mehr hängt. Diskriminierung bekämpfen? Die Berner Oberländerinnen zeigen's: Das kann auch Spass machen. «Wir haben noch viel zu tun», sagt Unia-Mitglied Fabienne Biedermann (30) in die gemütliche Runde, die sich im Unia-Innenhof zum feministischen Grillieren versammelt hat. «Aber jetzt lehnen wir uns einfach einmal zurück und

**«Haben Sie schon einmal an der Kasse mit Klatschen bezahlt?»**

PFLEGEFACHFRAU JASMINA WEHRLI

stossen an.» Die Bierflaschen klirren, die Bratwürste brutzeln. Und als die pinkigen Ballone in den Abendhimmel entschweben, Nenas Ohrwurm «99 Luftballons» aus den Lautsprechern tönt und die Müdigkeit langsam überhandnimmt, ist dieser unvergessliche Streiktag besiegelt.

**ZÜRICH:** Der feministische Streik begann bereits am Sonntagabend. Hunderte Frauen cruisten in einem Autocorso hupend durch die Langstrasse. Weil in der Schweiz alle zwei Wochen eine Frau durch ihren (Ex-)Partner getötet wird. Also keine Ruhe dem Patriarchat! Tags darauf beginnt es gemütlich mit Streik-Picknicks. Um 15.19 Uhr kommt erneut Bewegung in die Sache: Hunderte Velofahrerinnen blockieren die Kornhausbrücke – aus Protest gegen die Rentenaltererhöhung, die das Parlament in Bundesbern beschlossen hat, und die zunehmende Lohnungleichheit. Omnipräsident ist auch die Forderung: «Care-Berufe aufwerten, Pflegearbeit kollektivieren!» Am Abend übertrifft die Mobilisierung schliesslich alle Erwartungen. Eine gewaltige Demonstration flutet die Zürcher Innenstadt.



Europas Wirtschaft  
Aufschwung  
in Sicht?

Die europäische Wirtschaft findet wieder Tritt. Für 2021 sind über vier Prozent Wachstum prognostiziert. Fünf in Italien, sechs gar in Spanien. Aber ein neuer Boom oder gar Wachstumszyklus ist dies noch nicht, vorerst nur eine Erholung. Die Leute gehen wieder in die Beizen, die vorher geschlossen waren. Auch für 2022 sehen die Prognosen vier Pro-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

zent Wachstum in der EU. Damit wäre der Corona-Absturz erst mal wieder ausgeglichen. Denn Spanien hatte zehn Prozent vom Bruttoinlandprodukt verloren, Italien neun.

**ANKURBELUNGS-INVESTITIONEN.** Für die 15 Millionen Arbeitslosen in Europa sieht die Lage düster aus. Mehr als zwei Millionen sind es in Italien, über drei Millionen in Spanien. Die Erholung der Wirtschaft von 2021 kann diese Arbeitslosigkeit kaum abbauen, da braucht es mehrere Jahre dazu und eine gute Politik. Notwendig sind riesige Ankurbelungsinvestitionen, damit der jetzige

Auch die  
Schweiz redet  
schon wieder  
vom Sparen.

«Aufschwung» kein Strohfeuer bleibt. Das 750-Milliarden-Paket der EU ist Teil davon. Ab jetzt können die Zahlungen ausgelöst werden, 2022 und 2023 werden sie wirksam. Die Gefahr ist allerdings, dass sie vor allem die Wiederbelebung der alten Wirtschaft fördern. Nur ein Teil der Investitionen geht in den ökologischen Umbau, weniger, als die EU-Kommission vorgesehen hatte. Zudem genügen die 750 Milliarden nicht. Das US-Investitionspaket von Joe Biden ist weit grösser. In der EU müssten die einzelnen Staaten von sich aus noch drauflegen. Deutschland macht dies mit weiteren Hunderten Milliarden. Viele andere – auch die Schweiz – sehen gar nichts vor. Sie reden schon wieder vom Sparen.

**WAHNSINNS-SCHÄUBLE.** 2008 crashten die Banken und provozierten die Krise der Finanzwirtschaft. Die Banken wurden von den Staaten gerettet. Flugs wurde die Krise dann von den Neoliberalen uminterpretiert in eine «Schuldenkrise» der Staaten. 2020 erlebten wir die Coronakrise, aus der wir dank Staatsmassnahmen nun rauskommen. Und was hören wir wieder? Vor der Türe stehe eine «Schulden-Pandemie». So warnt etwa der deutsche Spar-Ayatollah und Ex-Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Die Schuldenbremsen müssten umgehend wieder angezogen werden. Wahnsinn! Das hiesse mit dem linken Fuss auf die Bremse treten, während der rechte Gas gibt. Die bessere Lösung ist, die Steuern der Reichen und Multis zu erhöhen. Sie haben in der Pandemiezeit noch mehr an Speck zugelegt.



So war der  
Kongress 2021

Der etwas andere, nämlich virtuelle Unia-Kongress ist Geschichte. Alles Wissenswerte wie Beschlüsse, Resolutionen, Videos, Interviews, Highlights und Fotos gibt es unter:  
[www.unia.ch/kongress](http://www.unia.ch/kongress)

Broker verdienen Millionen, während die Renten sinken  
Die Abzockerei in der 2. Säule  
geht ungebremsst weiter

Broker sahen im  
Geschäft mit Pensions-  
kassen Millionen ab.  
Meist auf Kosten der  
Erwerbstätigen, deren  
Renten ständig sinken.  
Der Ständerat findet  
das okay.

RALPH HUG

180 Millionen Franken: So viel fliesst geschätzt jedes Jahr in die Taschen von Vermittlern im Pensionskassengeschäft. Und das soll auch so bleiben. Der Ständerat hat es vor wenigen Tagen abgelehnt, die Profite der Broker zu beschränken. Man sehe keinen Handlungsbedarf, blockte die bürgerliche Mehrheit ab. Sie befürchtete eine «Beratungslücke». Dabei haben sich inzwischen üble Praktiken etabliert. Ganze Gruppen von Versicherten werden an die meistbieten-

Die rechten Parteien  
schützen die Abzocker  
bei den Pensionskassen.

den Kassen verhökert. Und der Clou: Teils bezahlen dies die Versicherten auch noch selber (siehe Box «So läuft das Broker-Business»).

CHEFS SOLLEN ZAHLEN

Eliane Albisser, Geschäftsleiterin des gewerkschaftsnahen PK-Netzes, ist entsetzt: «Der Entscheid ist ein Affront für die Versicherten.» Das PK-Netz hat in den letzten Jahren zusammen mit den Gewerkschaften und der Linken viel Energie in die Bildung einer Allianz gesteckt, damit diese Selbstbedienung endlich gestoppt wird. Sogar der Pensionskassenverband hält eine Reform für nötig. Und auch der Bundesrat gibt zu, dass die jetzige Regelung «nicht im Interesse der Versicherten» sei. Laut dem Vorschlag des PK-Netzes sollen nicht mehr die Pensionskassen, sondern die Chefs die Kosten von Vermittlern tragen, und zwar nach Auf-



VON WEGEN GUT GEPOLSTERT: In der zweiten Säule steigen die Lohnabzüge und sinken die Renten, weil mit dem Geld der Versicherten im Finanzcasino gespielt wird. Zusätzlich bedienen sich Broker schamlos. FOTO: KEY / ISTOCK / GETTY

wand. Sie sind ja auch deren Auftraggeber. So würden Fehlanreize eliminiert und die Renten gesont. Das Brokergeschäft an sich soll aber weiterhin möglich sein. Die Auswüchse im PK-Business sind offenkundig. So sind die Brokerkosten Jahr für Jahr gewachsen. Allein von 2018 auf 2019 zeichnete der Verband der Sammel-einrichtungen, bei denen fast 1,6 Millionen Arbeitnehmende versichert sind, einen Anstieg von 78 auf 108 Millionen Franken. «Es herrscht ein riesiges Geschacher», so Eliane Albisser. Kassen, die unbedingt wachsen wollen, saugen anderen mit Hilfe von Brokern die Versicherten ab.

MILLIONEN FÜRS NICHTSTUN

Versichertenbestände wechseln teils innert kürzester Zeit die Kasse. Von solchen Fluktuationen profitieren vor allem die Vermittler, sie verdienen mit jedem Deal. Und manchmal sogar mit Nichtstun: dann

nämlich, wenn sie dafür bezahlt werden, zu sorgen, dass keine Versicherten abgeworben werden. Wer in diesem Spiel nicht mitspielt, ist bald draussen. Faire Vorsorgeeinrichtungen, die im Interesse ihrer Versicherten tiefe oder gar keine Provisionen bezahlen, werden geschnitten. Sie erhalten kaum mehr Offerten für neue Versicherte.

LOBBY SIEGT

Im Ständerat hat sich die Finanzlobby durchgesetzt. Sie will im Poker um die Vorsorgemilliarden möglichst wenig Vorschriften. Die Reform steht nun auf der Kippe. Eliane Albissers Hoffnungen ruhen auf dem Nationalrat. Dieser muss als Zweitrat über das Geschäft befinden. Albisser sagt: «Das Parlament muss die Interessen der Versicherten besser schützen. Diese bezahlen ohnehin schon immer höhere Beiträge und bekommen dafür immer weniger Rente. Dieser Zustand ist untragbar.»

BVG-Milliarden:  
So läuft das  
Broker-Business

Immer weniger Chefs von kleinen und mittleren Firmen führen für ihre Mitarbeitenden eine eigene Pensionskasse. Sie suchen lieber Anschluss an eine bestehende Kasse oder an eine Sammel-einrichtung, vielfach von Banken und Versicherungen. Dafür bieten Broker ihre Dienste an.

**MILLIARDENGESCHÄFT.** Nur: Weil diese Vermittler von den Pensionskassen Provisionen erhalten, empfehlen sie tendenziell jene Kassen, die ihnen am meisten bezahlen. Und nicht jene, die am vorteilhaftesten für die Versicherten sind. Die Provisionen berappen letztlich die Versicherten über die Verwaltungskosten. So steigt der Aufwand, während die Renten ständig sinken. Die berufliche Vorsorge ist zu einem Milliarden-geschäft geworden, bei dem Grossbanken und Versicherungskonzerne mitmischen. Sie wollen möglichst viel Profit aus dem angesparten Alterskapital der Arbeitnehmenden schlagen. (rh)

Referendum ist beschlossen:  
Kein AHV-Klau an den Frauen!

Auch der Nationalrat  
will eine AHV-  
Reform auf dem  
Buckel der Frauen.  
Nicht mit uns, sagen  
die Gewerkschaften

CLEMENS STUDER

Sie lernen es nie – und sie geben nicht auf. Trotz allen Veilchen, die ihnen das Volk seit Jahren verpasst: die AHV-Abholzer und -Abholzerinnen. Jetzt rollt also der nächste Angriff von rechts auf das wichtigste Sozialwerk der Schweiz.

VERFASSUNG VERLETZT

Es geht zwar noch um Kleinigkeiten zwischen den bürgerlichen Mehrheiten der beiden Räte. Doch die Eckwerte der von SVP, FDP, CVP gewünschten «Revision» stehen: Frauenrentenalter erhöhen, selbst die ungenügenden Kompensationen im

Bundesratsvorschlag weiter zusammenstreichen, Frühpensionierungen einschränken. Alles auf dem Buckel der Frauen. Die neoliberalen Nester in der Bundesverwaltung liefern zu den Abbauplänen verlässlich die gewünschten Horrorszenarien – die ebenso verlässlich seit Jahrzehnten nicht eintreffen.

Ebenfalls seit Jahrzehnten verletzt wird dagegen nachweisbar der Verfassungsartikel, der sagt: Im Alter soll mit den Renten aus AHV und Pensionskassen das Leben auf gewohntem Niveau weitergeführt werden können. Davon sind wir weit entfernt. Einerseits wird die AHV seit Jahrzehnten knappgehalten, andererseits bezahlen die Pensionskassen für immer höhere Beiträge immer tiefere Renten. Dafür füllen sich die Manager, Aktionärinnen und

Aktionäre der Finanzindustrie immer schamloser die Taschen. Und die sogenannten Broker auch (siehe oben).



«GLEICHBERECHTIGUNG»

Seit ein paar Jahren kultivieren die AHV-Abholzer neben ihren Untergangsgesängen ein neues Märchen: Es gehe bei den Verschlechterungen der Frauenleistung um «Gleichberechtigung». Es wird ausgerechnet von jenen erzählt, die sich nicht daran stören, dass Frauen im Erwerbsleben immer noch massig weniger verdienen als die Männer. Und damit entsprechend tiefere BVG-Renten ha-

ben. Frauen erhalten immer noch rund einen Drittel weniger Rente als Männer.

JETZT REFERENDUM

Der Lohn- und Rentenklau an den Frauen war ein zentrales Thema des Frauenstreiks von vor zwei Jahren, als Hunderttausende auch für gerechte Löhne und Renten auf die Strasse gingen. Und im März – vor der AHV-Debatte – übergaben die Gewerkschaften den Ständerätinnen und Ständeräten eine Petition: «Hände weg von den Frauenrenten!». Innert kürzester Zeit hatten über 310 000 Menschen unterschrieben. Die bürgerliche Mehrheit im Ständerat piffte darauf. Und jetzt die Mehrheit des Nationalrates ebenso.

Wer nicht hören will, wird auch diesmal fühlen müssen: das Referendum der Gewerkschaften und der fortschrittlichen Kräfte ist beschlossene Sache.





**PATEK PHILIPPE:**  
Mitarbeitende des  
Luxusuhren-Konzerns  
berichten von Druck,  
Mobbing und Rassis-  
mus. FOTO: KEYSTONE

## Klima der Angst beim Genfer Luxusuhren-Konzern

# Was ist bloss bei Patek Philippe los?

**Sie wollten den Albtraum öffentlich machen, den sie erlebt haben: Zusammen mit der Unia erhoben sieben Patek-Mitarbeitende an einer Medienkonferenz ihre Stimmen.**

JÉRÔME BÉGUIN, «L'ÉVÉNEMENT SYNDICAL»

Es war ihr Traum gewesen, bei Patek anheuern zu können, erzählt Uhrenarbeiterin Gabriela M.\* Doch seit dem ersten Arbeitstag habe sie gelitten. Ein paar Kollegen hätten sie offenbar als Prügelfrau auserkoren und nicht aufgehört, sie zu plagen. «Ich sagte mir, dass es das Beste sei, diese Kollegen nicht zu beachten und mich auf die Arbeit zu konzentrieren. Ich erzielte gute Resultate, aber ich wurde nur noch mehr zu ihrer Zielscheibe.» Irgendwann schaffte M. es nicht mehr. Sie ist mit einer «schweren Depression» krank geschrieben.

### SPIESSRUTENLAUFEN

Druck und Stress haben auch drei Mitarbeitende aus einer anderen Abteilung erlebt. Carla T.\* erzählt: «Man verlangte immer mehr von uns, und wir mussten chrampfen wie die Irren. Irgendwann ertrugen wir das nicht mehr, weder physisch noch psy-

chisch.» Also wenden sich die drei Uhrenarbeiterinnen hilfeschend an die Personalkommission. Louise F.\* erinnert sich: «Als Antwort erhielten wir einen Rüffel: Wir sollten uns gefälligst nicht immer beklagen!» Doch der Arbeitsdruck nahm nicht ab.

Dann, eines Tages, lädt die HR-Abteilung zu einer Mitarbeitenden-Versammlung zwecks Aussprache. Alle sollen frei heraus ansprechen, was sie auf dem Herzen haben. Carla T. tut es. Mit Folgen: «Kurz nach der Versammlung kam man mich am Arbeitsplatz holen mit der Aufforderung, ich solle meine Sachen packen.» Das war während der Nachmittagspause. Und vor aller Augen muss sie «diesen 180 Meter langen Gang hinausgehen, ein Spiessrutenlauf». Doch damit nicht genug: Ihr Foto sei anschliessend ausgehängt worden mit der Information, Mitarbeiterin T. sei entlassen worden, weil sie die Regeln der Firma nicht respektiert habe.

### RASSISTISCHE SPRÜCHE

Qualität, Kooperation, Engagement, Offenheit und Respekt. Das sind die deklarierten Werte von Patek Philippe. Reden wir also vom Respekt. Oder besser vom Nichtrespekt, den Mitarbeiter Ali S.\* von Seiten seiner Arbeitskollegen erlebte. Er erzählt: «Sie traktierten mich mit islamfeindlichen und rassistischen Sprüchen.» S. wendet sich an seinen Vorgesetzten, und dieser schickt ihn nach Hause. Man wolle das untersuchen. Zwei Wochen später wird ihm das Resultat mitgeteilt: Die ganze Equipe erhält eine Verwarnung, S. inklusive. Dieser weigert sich, zu unterschreiben – und muss gehen. Ver-

geblich verlangt die Unia danach seine Wiedereinstellung, seine Verlegung innerhalb der Firma oder eine gütliche Trennung. Da kann Unia-Juristin Emma Lidén nur den Kopf schütteln: «Ein Opfer rassistischer Diskriminierung im Rahmen einer Untersuchung zu entlassen ist inakzeptabel» Lidén sind inzwischen drei weitere, ähnlich gelagerte Fälle zugetragen worden. Unia-Mann Alejo Patiño: «Die Arbeitsbedingungen in der Uhrenindustrie sind schwierig. Aber was wir bei Patek erleben, schlägt alles.» Alle Vermittlungsversuche und Vorschläge der Unia seien zurückgewiesen worden.

### LÜCKEN IN DER PRÄVENTION

Der Gewerkschaft blieb nichts anderes übrig, als das Genfer Arbeitsinspektorat einzuschalten. Dieses stellt schliesslich fest, dass Patek «Lücken in der Prävention psychosozialer Risiken mit Auswirkungen auf die Gesundheit der Belegschaft» habe. Und verlangt Verbesserungen. Patek reagiert darauf mit einer Information an alle Mitarbeitenden: Man wolle «für ein positives und respektvolles Arbeitsklima für alle sorgen». Weiterbildungen seien geplant. Und die Direktion ermuntert die Mitarbeitenden, «zu reden und zu handeln»: «Ob Sie das Opfer von Belästigungen sind oder Zeuge, wir werden Sie unterstützen!»

Die Unia hat einstweilen eine Strafanzeige wegen rassistischer Diskriminierung und zwei Klagen wegen missbräuchlicher Kündigungen eingereicht. Und es könnten weitere folgen.

Der Artikel erschien zuerst am 16. Juni 2021 in der Westschweizer Unia-Zeitung «L'Événement syndical».

## Das sagt Patek Philippe: «Schwierige Entscheidung»

Einen Tag nach der Pressekonferenz schickt die Patek-Direktion eine Information an die ganze Belegschaft: «Tatsächlich sind gewisse Mitarbeitende entlassen worden, weil sie unsere Werte nicht respektiert haben. Aber niemandem ist je gekündigt worden, weil er uns auf Fälle von Belästigungen aufmerksam gemacht hat.» Eine Entlassung sei immer eine «schwierige Entscheidung», die so menschlich wie möglich gefällt werde.

Was den Fall rassistischer Diskriminierung anbelange, habe die Direktion «eine lange

und minutiöse interne Untersuchung» in Gang gesetzt. «Diese zeigte, dass es in einer kleinen Equipe tatsächlich Probleme gegeben hat, weshalb diese auch verwarnt wurde.» Der Mitarbeiter, der die Vorwürfe erhoben habe, habe sich geweigert, bei den Vorschlägen zur Verbesserung des Arbeitsklimas mitzumachen und vor allem: «Er ist nicht zur Arbeit erschienen, und das war auch der Entlassungsgrund.»

Gerne hätte die Westschweizer Unia-Zeitung «L'Événement syndical» von Patek Phi-

lippe Antworten auf konkrete Fragen erhalten, doch die Medienstelle hat bisher nicht auf die Anfrage reagiert.

**ZUGANG ZUR FIRMA.** In der Westschweizer Tageszeitung «Le Temps» beschuldigte Patek-Patron Thierry Stern die Unia, das Leiden von Mitarbeitenden zu instrumentalisieren: «Schon immer wollte sich die Gewerkschaft Zugang zu unserem Unternehmen verschaffen. Und ich denke, dass sie das nun via diese Fälle versuchen will.» Ein absurder Vorwurf für Unia-Mann Alejo Pa-

tiño: «Wir wollen in allen Betrieben präsent sein, bei Patek nicht mehr als anderswo. Uns blieb gar nichts anderes übrig, als zu intervenieren, weil sich so viele Mitarbeitende mit Problemen bei uns gemeldet haben.» Obwohl Patek den Uhren-GAV unterzeichnet habe, halte es die Uhrenfirma nicht so mit der Sozialpartnerschaft: «Man verweigert uns den Zutritt zum Betrieb, und Patek hat uns sogar mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs gedroht, als wir uns auf dem Parkplatz aufhielten, um Flugblätter zu verteilen.» (jb)



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DER SCHATTEN DER GESCHICHTE

Der deutsche Dichter Johann Peter Hebel schrieb: «Merke: Es gibt Untaten, über welche kein Gras wächst.» Ein Drama erschüttert Brüssel, aus dem viele Lehren gezogen werden können. Die Aktualität wird überlagert vom Schatten der Geschichte.

Ein Blick zurück. Im Wald von Ndola, südlich von Elisabethville, dem heutigen Lumumbashi, werden drei blutüberströmte Gefangene aus einem Lastwagen gestossen. Es sind der kongolesische Ministerpräsident Patrice Emery Lumumba und zwei seiner Minister. Es ist die Nacht vom 17. Januar 1961.

**NUR EIN ZAHN.** Der riesige Subkontinent Kongo (über 2 Millionen Quadratkilometer), eine belgische Ex-Kolonie und unerhört reich an Bodenschätzen, war auf Druck der Uno und der einheimischen Aufständischen am 30. Juni 1960 unabhängig geworden. Bereits am 12. Juli organisierten europäische Minengesellschaften die Sezession Katangas, der rohstoffreichsten Provinz. Söldner des Sezessionsstaates entführten Lumumba und seine Mitstreiter. Der belgische Major Weber erstach den gefesselten, von der erlittenen Folter geschwächten Lumumba und seine beiden Minister mit einem rostigen Bajonett. Es war Trockenzeit, und viele Menschen waren im Wald unterwegs. Die belgischen Offiziere beschlossen daher, die Leichen zu zerkleinern und in einem Säurebad aufzulösen. Von dem im ganzen Riesenland verehrten Lumumba sollte keine Spur übrigbleiben.

Ein halbes Jahrhundert später strahlt das belgische Fernsehen eine Sendung über Kongo aus. Eine Frau meldet sich am Telefon. Sie ist die inzwischen 65jährige Tochter eines der belgischen Söldner, die 1961 an der Ermordung Lumumbas beteiligt waren. Sie sagt: «Ich besitze aus dem Nachlass meines Vaters einen Zahn von Lumumba.»

Belgien hat eine unerhört lebendige Zivilgesellschaft, starke Gewerkschaften, eine prinzipientreue sozialistische Partei und sogar eine relativ fortschrittliche katholische Kirche. Die Zivilgesellschaft lancierte eine internationale Petition. Viele Tausend Menschen unterschrieben. Die Petition zwang die belgische Regierung, die sterblichen Überreste – den Zahn – des ermordeten charismatischen Ministerpräsidenten in einer feierlichen Zeremonie Kongo zu übergeben. Staatschef Félix Tshisekedi versprach die Errichtung eines Mausoleums.

**ZWEI MILLIONEN TOTE.** Internationale Minenkonzerne, darunter Glencore (Sitz in Baar ZG) und Trafigura (Sitz in Genf), beuten Kongo bis aufs Blut aus. Praktisch ohne jegliche Entschädigung. Die von ihnen finanzierten Milizen schützen die Kupfer-, Coltan-, Zinn-, Gold- und Diamanten-Enklaven und richten fürchterliches Leid unter der Zivilbevölkerung an. Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Uno (FAO) sind allein im vergangenen Jahrzehnt zwei Millionen Kongolesinnen und Kongolesen an Unter- und Mangelernährung gestorben. Wo ist Hoffnung? Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit waren der Horizont der Kämpfe von Lumumba. Das Mausoleum wird im Kollektivbewusstsein der neuen Generation den Widerstandswillen stärken.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**





# Das Leben ist schön, solange nichts passiert.

[suva.ch/regeln](https://suva.ch/regeln)

Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln  
und sag bei Gefahr «Stopp»!



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS  
[www.ekas.ch](https://www.ekas.ch)

**suva**





**TODESMUTIGE DEMONSTRIERENDE:** Drei Finger als Zeichen des Protests gegen die blutige Militärdiktatur in Myanmar. FOTO: GETTY

# Hilferuf von Gewerkschafterin Phyo Sandar (38) aus Myanmar: «Unterstützt die Sanktionen gegen das Militärregime!»

**Im Februar putschte sich das Militär von Myanmar an die Macht. Seither kämpfen auch die Gewerkschaften gegen das tödliche Regime. Dafür setzen sie sogar ihr Leben aufs Spiel. So wie Phyo Sandar.**

JOHANNES SUPE

Sandar ist stellvertretende Generalsekretärin des Gewerkschaftsbundes von Myanmar (CTUM). Seine diversen Verbände zählen etwa 65 000 Mitglieder in verschiedenen Branchen. Die Gewerkschafterin engagiert sich bereits seit 2006 in der Gewerkschaftsbewegung. Auch trat sie in den vergangenen Wahlen als Kandidatin an. Jetzt muss sie im Untergrund leben. work hat mit ihr gesprochen.

**work:** In Myanmar spielen sich unfassbare Szenen ab. Am Morgen des 1. Februar verhinderte das Militär den Antritt der neu bestimmten Regierung. Seitdem herrscht im Land wieder eine Militärdiktatur. Was ist da passiert?

**Phyo Sandar:** Nach den langen Jahren der Militärdiktatur befand sich Myanmar auf dem Weg zur Demokratie. Im November 2020 fanden Wahlen statt. Die Partei Nationale Liga für Demokratie (NLD) gewann sie deutlich, denn viele in Myanmar lieben die Partei und ihre Leitung um Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Sie wollen einfach eine Partei, die vom Militär unabhängig ist. Doch das Militär und die von ihm gestützten Parteien anerkannten das Ergebnis nicht, sie sprachen von Wahlbetrug. Das war ihr Vorwand, um zu putschen – so, wie sie es schon im Jahr 1988 getan hatten.

**Wurde Aung San Suu Kyis Partei auch von den Gewerkschaften unterstützt?** Nein, denn wir mussten lernen, dass sich die NLD nicht für die Arbeiterinnen und Arbeiter einsetzt und eine Politik für die Firmenbesitzer macht. Deshalb sind wir unabhängig von der NLD zur Wahl angetreten. Doch wir stehen seit Jahren für die Demokratie ein und haben deshalb die gewählte Regierung grundsätzlich begrüsst.

**Das Militär um General Min Aung Hlaing liess die Regierung unter Hausarrest setzen und macht ihr nun den Prozess. Im Land gilt der Ausnahmezustand.** Bereits am 1. Februar begann das, was wir die «Supreme Revolution», also die «höchste Revolution», nennen. Die Gewerkschaften forderten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft auf, zu streiken. Wir haben auch grosse Massendemonstrationen organisiert. Millionen Menschen beteiligten sich an den Streiks! Da entschied das Militär, uns nicht länger gewähren zu lassen.

**Und reagierte mit Gewalt?** Anfangs ignorierten sie die Streiks in der Privatwirtschaft. Dann forderte das Militär die Staatsangestellten per Brief auf, wieder an ihre Arbeit zurückzukehren. Das Regime versprach sogar Beförderungen. Doch die Streikenden liessen sich nicht beirren. Das Militär erliess Sonderverordnungen – doch wir ignorierten sie. Sie schossen mit Wasserwerfern in die Demonstrationen, doch wir streikten weiter. Dann kam Tränengas, kamen Gummigeschosse und schließlich die scharfe Munition. Mittlerweile setzen sie bei Demonstrationen Hecken schützen ein und töten Menschen per Kopfschuss. Nachts stürmen sie die Wohnungen der Anführerinnen und Anführer. Manchmal bringen sie dann im Morgengrauen Leichensacke zurück. Mehr als 850 Menschen sind ihnen schon zum Opfer gefallen. Mehr als 4000 liess das Militär inhaftieren, gegen 3000 weitere gibt es Haftbefehle.

**«Mehr als 850 Menschen sind den Militärs schon zum Opfer gefallen ...»**

und töten Menschen per Kopfschuss. Nachts stürmen sie die Wohnungen der Anführerinnen und Anführer. Manchmal bringen sie dann im Morgengrauen Leichensacke zurück. Mehr als 850 Menschen sind ihnen schon zum Opfer gefallen. Mehr als 4000 liess das Militär inhaftieren, gegen 3000 weitere gibt es Haftbefehle.

**Auch Sie werden gesucht. Trotzdem befinden Sie sich weiterhin in Myanmar, allerdings im Untergrund.** Uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verfolgt das Regime wegen Anstiftung zu öffentlicher Unruhe. Am 14. Mai warf das Militär den Spitzen der Gewerkschaften Hochverrat vor. Darauf stehen hohe Haftstrafen, sogar eine lebenslange Haft ist möglich. Heute morgen (das Interview fand am 13. Juni statt, Red.) wurden die Wohnungen leitender Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter durchsucht. Sie

sind auch in das Haus meiner Eltern eingedrungen – doch die haben wir zum Glück anderweitig untergebracht.

**Können Sie das Land noch verlassen?** Nein. Die lange Grenze zu Thailand ist geschlossen und wird bewacht. Aber es gibt einige Orte, auf die das Militär keinen Zugriff hat. Orte, an denen sich bewaffnete ethnische Minderheiten festgesetzt haben. Dort haben auch wir Unterschlupf. Doch das Militär lässt diese Gegenden manchmal bombardieren.

**Und was machen die Kapitalisten?** Viele kollaborieren mit dem Militär. Einige Fabriken sammeln sogar die Daten der Streikenden und geben sie dann an die Militärs weiter, einschliesslich der Adressen.

**Wie soll es weitergehen?** Wir kämpfen um die Demokratie, indem wir Streiks und friedliche Demonstrationen organisieren. Andere Gruppen bereiten den Übergang zum bewaffneten Kampf vor. Und die gewählte Regierung, die es ins Exil geschafft hat, stellt eine eigene Armee auf. Bei uns gehen viele davon aus, dass wir über kurz oder lang Bürgerkrieg in Myanmar haben werden. Diesen Kampf werden wir allerdings nicht allein gewinnen können, nicht ohne internationale Unterstützung.

**Welche Unterstützung würde helfen?** Das Militärregime darf auf gar keinen Fall anerkannt werden. Es darf weder in der Uno-Generalversammlung noch in anderen internationalen Organisationen Einsitz nehmen.

**... mehr als 4000 liessen sie inhaftieren.»** Wir Gewerkschaften fordern unsere Kolleginnen und Kollegen im Ausland auch dazu auf, Sanktionen gegen das Militärregime und auch die Wirtschaft des Landes zu unterstützen. Dieser Schritt ist uns nicht leichtgefallen, denn wir wissen, dass Sanktionen uns alle treffen werden. Aber so wie es heute ist, sind die Arbeiterinnen und Arbeiter rechtlos. Und bitte, macht euren Regierungen klar, dass sie aufhören sollen, weiterhin Waffen ans Militär zu verkaufen.

## Myanmar: Noch ein Putsch

Seit sich das Militär unter Armeechef Min Aung Hlaing am 1. Februar an die Macht geputscht hat, erlebt Myanmar eine Welle der Gewalt und Repression. Schon wieder: Das Land in Südostasien (ehemals Burma), das unter anderem an Thailand, Indien und China angrenzt, stand schon von 1926 bis 2010 unter Militärherrschaft. Jetzt sind Präsident Win Myint und Staatsrätin Aung San Suu Kyi, zuvor faktische Regierungschefin, in Haft. Suu Kyi, Tochter des Nationalhelden Aung San, hatte mit ihrer Nationalen Liga für Demokratie (NLD) bei den Wahlen im November ein überragendes Mandat für eine zweite Amtszeit gewonnen. Der Putsch erfolgte just an dem Tag, als sich das neue Parlament konstituieren sollte. Die Militärs stellten Suu Kyi, langjährige Ikone der Freiheitsbewegung aus früheren Diktaturzeiten und Friedensnobelpreisträgerin, unter Anklage. Am 14. und 15. Juni liefen mit Zeugenvernehmungen nun die ersten beiden Prozesstage des Gerichtsverfahrens gegen die gestürzte Regierungschefin. Beobachter sprechen von einem Schauprozess. Allein in einem Anklagepunkt drohen der 75jährigen bis 14 Jahre Haft.

**Das Land stand schon von 1926 bis 2010 unter Militärherrschaft.**

**ZIVILER WIDERSTAND.** Massenhaft gehen nun die Menschen gegen die Suspendierung der noch jungen Demokratie auf die Strasse. Die Junta lässt Soldaten und Polizisten mit scharfer Munition auf Demonstrierende schiessen. Die Menschenrechtsvereinigung Assistance Association for Political Prisoners (AAPP) hat schon mehr als 850 Tote gezählt, darunter auch Kinder. Die Zahl der Verhafteten liegt bei über 4000. Selbst Todesgefahr und massive Einschüchterungen halten die Menschen aber nicht davon ab, weiter für ihre Grundrechte einzutreten. Das betrifft nicht nur die Wirtschaftsmetropolen Yangon, Mandalay und die Hauptstadt Naypyidaw, sondern auch viele kleine Provinzstädte. Schulen und Universitäten sind nur bedingt arbeitsfähig, weil ein Grossteil der Mitarbeitenden sich der Zivilen Widerstandsbewegung (CDM) angeschlossen hat und entlassen wurde. Das Klinikpersonal war unter den ersten, die schon im Februar streikten (siehe Interview links). Und selbst einige einfache Soldaten und rangniedrige Offiziere sind zur Demokratiebewegung übergelaufen – andere wagen diesen Schritt aus Sorge um ihre Familien nicht.

**ZEHNTAUSENDE AUF DER FLUCHT.** Im Vielvölkerstaat, dessen Verfassung 135 ethnische Minderheiten anerkennt, sind auch Kämpfe der Armee und Rebellengruppen erneut aufgeflammt. Zehntausende Menschen flüchteten vor Bombardements der Luftwaffe. Untergetauchte Parlamentsabgeordnete haben eine Regierung der Nationalen Einheit (NUG) gebildet. Am 7. Juni wurde aber der Vertreter der Junta beim China-Asean-Aussenministertreffen in Chongqing hofiert. Menschenrechtsgruppen werfen dem Zehn-Staaten-Block und der Führung von Beijing Untätigkeit vor.

SÜDOSTASIEN-EXPERTE THOMAS BERGER





«Die Neuen waren beeindruckt»

**Mike Nista, 65, pensionierter Industriearbeiter, Unia Waadt**  
«Seit der Fusion zur Unia bis heute habe ich immer an den Kongressen teilgenommen. Das Schöne sind nicht nur die Debatten, sondern, dass du Kolleginnen und Kollegen aus allen Regionen triffst. Am Abend geht man zusammen essen. Jetzt gingen alle nach Hause. Das war schade, das drückte etwas auf die Stimmung. Andererseits: Unter den gut 30 Delegierten im Lausanner Messezentrum Beaulieu gab es viele, für die es der erste Unia-Kongress war. Und von denen habe ich grossartige Rückmeldungen bekommen. Sie waren beeindruckt und gingen mit einem guten Gefühl nach Hause.»

«Die Familie Unia»

**Laura Garcia, 42, Servicemitarbeiterin, Sektor Tertiär**  
«Wir waren etwa 80 Delegierte in der Unia-Zentrale, von den Sektoren und den Interessengruppen. Wir haben oft geklatscht nach guten Voten – aber an den anderen Orten hat das niemand gehört! Das war schon merkwürdig. So kalt. Und trotzdem war der Kongress ein schönes Erlebnis. Ich habe gemerkt: Wir, die Familie Unia, wir kämpfen zusammen. Alle in ihren Branchen, aber mit den gleichen Zielen. Das Wichtigste für mich: Löhne von mindestens 4000 Franken. Gut, hat der Kongress diese Zahl in die Strategie geschrieben. Mir war sogar der Antrag sympathisch, der abgelehnt wurde: dass die Unia keine GAV mehr mit Löhnen unter 4000 Franken abschliessen darf. Vielleicht hätten's die Chefs dann verstanden! Manchmal muss man ein bisschen Druck machen.»

«Jetzt wissen wir, wohin es gehen soll!»

**Doris Schmidhalter-Näfen, 63, Pädagogin, Unia Wallis**  
«Es war schön, wieder einmal so speditiv zu arbeiten. Klar wär's physisch schöner gewesen, aber alles war tiptopp organisiert, hat super geklappt. Und jetzt haben wir eine neue Leitung und eine Richtung, wohin es mit der Unia gehen soll. Ich freu mich übrigens immer über die Jungen und unterstütze ihre Anträge, also nicht die Ausladung von Parmelin, das wäre falsch gewesen, aber die anderen. Wir müssen sie ernst nehmen, sie sind unsere Zukunft.»

«Ein Höhepunkt ist die GL-Frauenmehrheit»

**Eric Ducrey, 45, Bauarbeiter, Unia Freiburg**  
«Wir hatten hier in Freiburg eine gute Stimmung. Bundesrat Guy Parmelins Rede hingegen war der Tiefpunkt des Kongresses. Ich habe zwar gegen den Vorstoss der IG Jugend gestimmt, ihn auszuladen, habe dies aber am Samstag bereut. Hätte ich gewusst, was für eine Rede Parmelin halten würde, hätte ich ihn auch eingeladen. Für mich war sie eine Kriegserklärung an die Arbeiterinnen und Arbeiter. Er hat klar gezeigt, dass er ausschliesslich das Kapital vertritt. In Bezug auf die Covid-Pandemie verschwieg er, dass ohne Gewerkschaften und linke Parteien gar nichts für die Arbeiterinnen und Arbeiter getan worden wäre. Und er hat kein einziges Wort verloren über GAV oder Arbeitsrecht! Ein Höhepunkt hingegen war für mich die Wahl der Frauenmehrheit in die Geschäftsleitung. Es hat zwar lange gedauert, aber es ist doch exzellent, dass jetzt eine so grosse Organisation wie die Unia mehrheitlich von Frauen geführt wird. Was mich berührt hat, ist der Antrag nach einer Senkung der Mitgliederbeiträge für Geringverdienende. Es wäre unsere solidarische Aufgabe, auch Leuten mit einem tiefen Lohn die Unia-Mitgliedschaft zu ermöglichen.»

«Das hätte ich nie gedacht!»

**Jasmin Moser, 23, Studentin und Coop-Verkäuferin, IG Jugend**  
«Mein Highlight war, dass unser Antrag für Kampf-massnahmen und gegen die Sozialpartnerschaft angenommen wurde. Die vielen Voten dafür, jedes mit einem anderen Argument, haben offensichtlich die Delegierten überzeugt. Das hätte ich nie gedacht! Schade, dass unser anderer Antrag abgelehnt wurde: Bundespräsident Parmelin wieder auszuladen. Das war auch der einzige Moment am Kongress, wo die Debatte gehässig wurde: Am Nachmittag stellte eine Kollegin der IG Frauen den Antrag, wir sollten zumindest mit Parmelin diskutieren. Sie wurde ziemlich rabiat abgeklammert. Das hatte etwas von einem Familienstreit an Weihnachten. Aber ich bleibe dabei: Es ist nicht angemessen, jemanden nur wegen seines Status einzuladen, obschon er der grösste Klassenfeind ist!»

«Die Baumeister sind uns etwas schuldig»

**Xhafer Sejdiu, 50, Bauarbeiter, Präsident Baugruppe Unia Zürich-Schaffhausen**  
«Wir Bauarbeiter haben während der Pandemie viel geleistet. Trotz dem Risiko waren wir immer an der Arbeit. Und wenn wir am Abend nach Hause kamen, wussten wir nicht, ob wir uns angesteckt hatten. Die Baumeister sind uns jetzt etwas schuldig. Denn auch Stress und Termindruck sind auf den Baustellen noch gestiegen. Das alles habe ich am Kongress gesagt und auch, dass wir wieder kämpfen werden, wenn es nötig ist. Der Kongress war sehr gut organisiert. Aber die Stimmung ist halt einfach anders, wenn wir 400 oder 500 Leute in einem Saal sind oder nur 40 bis 80.»

«Mehr Diskussionen wären gut»

**Simon Schulz, 43, Bierbrauer, Unia Ostschweiz-Graubünden**  
«Der Kongress hat hervorragend geklappt, obwohl das ja eine ziemlich komplexe Sache war. Ich hätte nicht gegut, dass dies auf Anhieb so gut klappen würde. Das spricht auch für eine gute Führung. Insgesamt war der Kongress sehr harmonisch, es gab wenig Längen und nur wenige Aufreger wie den Versuch, Bundesrat Parmelin auszuladen. Da war ich strikt dagegen. Für meinen Geschmack könnte es durchaus etwas mehr Diskussionen geben. Und politisch darf es ruhig in alle Richtungen gehen. Wir haben ja nicht nur Mitglieder, die links stehen, sondern auch andere. Auch die sollen sich in der Unia zu Hause fühlen.»

«Ein konstruktiver Kongress»

**Peter Ziltener, 65, Friedensrichter, Unia Zentralschweiz**  
«Dieser Kongress war natürlich speziell. Aber bei mir bleibt ein sehr positiver Eindruck zurück. Und ich muss ganz offen sagen: In den kleineren Gruppen – zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Berner Oberland – habe ich mich sehr gut aufgehoben gefühlt. Aber natürlich fehlt das Networking; etwas, das man auf normalen Kongressen betreiben kann. Alles in allem denke ich auch, dass der Kongress gute Entscheide getroffen hat. Wir haben manchmal miteinander diskutiert, aber die Anträge sind alle sehr wohlwollend entgegengenommen worden. Und das auch schon im Vorfeld: Der Zentralvorstand, der die Anträge prüft, hat die allermeisten zur Annahme empfohlen oder nur in Nuancen abgeändert. Insofern war es ein konstruktiver Kongress.»

So war der 5. Unia-Kongress  
**Eine toxische Ehe, ein Klassenfeind und ein Fitnessprogramm**

Die Pandemie machte es möglich: den ersten virtuellen und dezentralen Unia-Kongress. An 14 Orten in der Schweiz versammelten sich je bis zu 80 Delegierte real und waren per Livestream miteinander und mit der Kongressleitung in Biel verbunden. Und es klappte wunderbar: ein paar Pännchen, aber keine Pannen, geschweige denn ein Super-GAU. Nein, den Organisatorinnen und Organisatoren unter Tschschmeister Philippe Müller, der den Kongress auch zielsicher durch die Abstimmungsstrudel lotste, gebührt ein riesiger Applaus. So staunten die fast 300 Delegierten über diese höhere Zoom-Kunst, sichtlich froh, wieder einmal aus der Corona-Starre raus und in die 4 Resolutionen, 17 Anträge und 2 Ordnungsanträge reinzukönnen. Zum Beispiel in jene der Unia-Jugend, die munter auf die Klassenkampfpauke haut. Und sich mit der «Sozialpartnerschaft» anlegt (siehe Seite 12). Marius Käch aus der Region Zürich-Schaffhausen nennt diese eine «toxische Ehe mit den Chefs» und fordert: «Wenn die Chefs Sturm säen, dann sollen sie auch Sturm ernten!» Also bitte streiken statt kuscheln! Überhaupt gibt Käch bereits in seinen Begrüssungsworten Rot-Vollgas: «Liebe Kolleginnen und Kollegen», beginnt er ganz gewerkschaftskonform, doch dann fährt er fort: «und liebe Genossinnen und Genossen der Partei der Arbeit!» Er sei Maurer und Kommunist, und als solcher möchte er jetzt mal etwas Grundsätzliches sagen. Ist es Zufall, dass sich auch die Simultanübersetzerin aus dem Italienischen nicht ans Gewerkschaftsprotokoll hält? Und «cari colleghi e care colleghe» systematisch mit «liebe Genossinnen und Genossen» übersetzt? Oder ist sie vielleicht auch Übersetzerin und Kommunistin?

**RAUS AUS DER BUBBLE!** Der zweite Streich der Jugend folgt sogleich: Delegierte Naomi Brot vertritt den Ordnungsantrag: «Wir verlangen die sofortige Ausladung von Bundesrat Guy Parmelin als Gastredner am Kongress», erklärte sie. Schlusslich sei dieser von der SVP und ein «Klassenfeind». Solchem «Schabernack» müsse sofort ein Ende gesetzt werden. Das ist für die Kongressmehrheit dann doch etwas zu starker Tobak. Auftritt des «mittelalterlichen» Delegierten Simon Schulz: Unter jeder Kanone sei das, sagt er ins Mikrofon. Eine Ausladung Parmelins wäre nicht nur unhöflich, sondern auch eine Desavouierung der Geschäftsleitung, die den Bundesrat eingeladen habe. Schulz: «Hey, ihr müsst mal aus eurer Bubble rauskommen und die Realität sehen!» Gelächter, Applaus, Pfiffe und Abstimmung. Parmelin darf dann doch kommen und reden. Und er tut dies mit maximal einschläfernder Rede. Gott sei Dank redet anschliessend einer, der das ein-

MARIE-JOSÉE KUHN

fach kann: der oberste Gewerkschafter Pierre-Yves Maillard. Er spricht frei, frank und mitreissend. «Wer braucht jetzt ein Fitnessprogramm?» fragt er. Und spielt damit auf eine kürzlich erhobene Forderung von FDP-Präsidentin Petra Güssi an. Maillard: «Brauchen vielleicht die Kolleginnen und Kollegen in der Pflege jetzt ein Fitnessprogramm, um effizienter und länger arbeiten zu können? Oder die Bauarbeiter? Die Verkäuferinnen? Oder die Kollegen in der Logistik? Ausgerechnet jetzt, nachdem sie in dieser schweren Krise alles gegeben und auch gelitten haben? Wie kann das die Chefin einer Partei, die ernst genommen werden möchte, jetzt nur fordern?» Was die Schweiz jetzt brauche, seien weder Lohnsenkungen noch Rentenabbau. Sondern mehr Solidarität, mehr Bildung und Investitionen, mehr Service public und mehr Chancengleichheit. Wer das nicht begreife, der brauche das Fitnessprogramm!

**VANIA IST SPITZE!** Und jetzt kommen die Wahlen. Und jene Wortmeldungen aus der Basis, die ans Herz gehen. Besonders jene der Bauarbeiter, die sich für die Wiederwahl von Bau-Chef Nico Lutz starkmachen. Nicht eloquent, da in einer Fremdsprache, nicht geschliffen, aber träf wie Bauarbeiter João de Carvalho Figueiredo aus Genf: «Nico ist gut im Austeilen, aber auch im Einstecken.» Wenn das keine Punktlungung ist! Und weiter: «Er redet mit uns in einem anständigen Ton, was auf dem Bau nicht ganz geschenkt ist», sagt's und tritt ab. Oder die abtretende Präsidentin der IG Frauen, Ursula Mattmann, die für die Wiederwahl von Vania Alleva als Unia-Präsidentin wirbt: «Vania ist einfach Spitze», ruft sie. Kein Geheimnis, dass Mattmanns grosses Herz nach der Wahl der neuen Geschäftsleitung noch mehr überlief. Erstmals haben die Frauen an der Unia-Spitze nämlich die Mehrheit (siehe diese Seite oben rechts). Und dann neigt sich der 5. und 1. digital-dezentrale Kongress auch schon dem Ende zu. Doch halt, wo ist Köbi Hauri? Er will doch noch reden? «Köbi Hauri, bist du bereit?» tönt die Kongressleitung. Stille. «Hallo, Köbi Hauri, wir hören dich nicht!» Stille. «Köbi Hauri, hast du vielleicht das Mikrofon stumm gestellt?» Stille. «Köbi Hauri, wir hören dich immer noch nicht! Ist vielleicht das Zoom-Mikrofon in der Berner Zentrale stumm gestellt?» Stille. «Köbi Hauri, jetzt müssen wir leider... oh, Köbi Hauri, Köbi, jetzt hören wir dich! Du kannst sprechen!» Und Köbi Hauri erhob seine Stimme.



**VIER KAPITÄNNINNEN UND DREI KAPITÄNE:** Die nächsten vier Jahre führen sie die Unia-Flotte durch stürmische Zeiten. (v.l.) Renate Schoch, Véronique Polito, Nico Lutz, Vania Alleva, Martin Tanner, Bruna Campanello und Yves Defferrard. FOTO: UNIA

Feministische Wende in der Geschäftsleitung  
**Vier Frauenfäuste für die Unia**

**Es war höchste Zeit! Passend zum Motto des 5. Kongresses der Unia, übernimmt jetzt eine Frauenmehrheit das Gewerkschaftsruder.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Diese vier Frauen schreiben Geschichte: Vania Alleva, Véronique Polito, Bruna Campanello und Renate Schoch. Mit ihnen ist die siebenköpfige Geschäftsleitung der grössten Schweizer Gewerkschaft erstmals in den Händen einer Frauenmehrheit. Die Delegierten haben Präsidentin Vania Alleva in ihrem Amt bestätigt. Sie, die schon einmal Geschichte schrieb, tritt jetzt ihre dritte Amtszeit an. 2012 wählte der Unia-Kongress Alleva zur Co-Präsidentin, und seit 2015 steht sie als erste Frau an der Unia-Spitze. Das freut auch Ursula Mattmann von der IG Frauen. Was Alleva leiste, sei unglaublich: «Sie hält die ganze Unia

zusammen. Sie ist einfach Klasse!» Zu dieser längst fälligen Frauenmehrheit hat Mattmann selbst auch beigetragen. Als Präsidentin der IG Frauen hatte sie den Kongress 2008 dazu gebracht, Quoten einzuführen. Seither gilt ein Frauenanteil von mindestens 33 Prozent in allen nationalen Unia-Organen und von 25 Prozent in den Regionen. Im Jahr 2004, als die Unia gegründet wurde, lag der Frauenanteil in der Geschäftsleitung noch bei 20 Prozent. Mit Rita Schiavi und Fabienne Blanc-Kühn waren die Frauen gerade mal mit zwei Mitgliedern in der zehnköpfigen Geschäftsleitung vertreten.

**HISTORISCHER WANDEL**

Alleva selbst erinnerte sich in ihrer Dankesrede daran, dass in ihrem ersten Gewerkschafts-Job, den sie 1997 bei der Gewerkschaft Bau und Industrie antrat, praktisch nur Männer an den Versammlungen sass. Und: «Für die Geschäftsleitung hatte man sich Mühe gegeben und genau eine Frau gefunden.» Deshalb sei diese Wahl das «Zeichen eines historischen Wandels.» Jetzt freue

sie sich, erstmals in einer Geschäftsleitung mit einer Frauenmehrheit zu arbeiten, die zudem die Feminisierung der Arbeitswelt widerspiegle. Zu Allevas Mitstreiterinnen gehört Véronique Polito, Leiterin des Sektors Tertiär. Der Kongress hat die Freiburgerin auch zur Vizepräsidentin gewählt. Zudem bestätigten die Delegierten Renate Schoch, Leiterin des Bereichs Marketing und Rechtsdienst, als Geschäftsleitungsmitglied. Neu zieht Bruna Campanello in die Gewerkschaftsspitze ein, als Leiterin des Sektors Gewerbe. Neu in der Geschäftsleitung ist auch Yves Defferrard, er übernimmt die Leitung des Sektors Industrie. Der Kongress ernannte Martin Tanner, Leiter Finanzen, zum Vizepräsidenten. Und Bau-Chef Nico Lutz wurde mit einem Glanzresultat in seinem Amt bestätigt.

**«Diese Wahl ist das Zeichen eines historischen Wandels.»**

UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA

**WORK-KONGRESS-DOSSIER**

- Das Kreuz mit der Sozialpartnerschaft: **Wird nach dem Antrag der Unia-Jugend jetzt alles anders? work hat nachgefragt. Seite 12**
- Arbeitsbedingungen bei der Unia: **Die Gewerkschaft fordert viel, doch hält sie sich selbst daran? work hat nachgefragt. Seite 12**
- Gewerkschaftswüste Pflege: **Braucht die Unia in der Pflegebranche eine Trendwende? work hat nachgefragt. Seite 13**

«Unia 2.0»: Mit welcher Struktur in die Zukunft?

**Der Kongress hat den Weg geebnet für die grösste Strukturreform seit Gründung der Unia. work sagt, was uns erwartet.**

JOHANNES SUPE

**Wie muss die Gewerkschaft aufgestellt sein, um stärker zu werden?** Diese Frage stellte sich dem Unia-Kongress. Und die Delegierten entschieden: In den kommenden 18 Monaten soll die gesamte Struktur der Unia auf den Prüfstand gestellt werden.

Das grosse Abwägen findet dabei unter dem Namen «Unia 2.0 – Unia für alle» statt.

**Was ist der Grund dafür, das Fundament der Unia zu überdenken?** Im Leitantrag zu «Unia 2.0», mit dessen Annahme die Kongressdelegierten die Diskussion starteten, gibt es dazu eine Antwort. Dort heisst es: «Seit der Gründung der Unia ist die Arbeitswelt für viele noch einmal härter geworden. Neue Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung sind hinzugekommen.» Um denen begegnen zu können, muss die Unia auch ihre Struktur überlegen. Hans Hartmann, der im Auftrag der Unia-Geschäftsleitung den Verlauf des Diskussionsprozesses ausarbeitet, geht



**KONGRESS: Unia-Region Wallis.**

weiter ins Detail: «Die Struktur der Unia besteht in dieser Form seit der Fusion 2004. Heute müssen wir feststellen, dass es uns die Strukturen nicht gerade leicht machen, gemeinsam verbindliche Schwerpunkte zu setzen.» Tatsächlich ist der Aufbau der Unia komplex: Sie ist einerseits nach Sektoren und Bran-

chen gegliedert, andererseits nach Regionen und Sektoren, also Ortseinheiten. Dazu kommen Interessengruppen wie jene der Jugend oder der Pensionierten. Nicht immer ist eindeutig, welche Gliederung bestimmt oder was die Gewerkschaft wirklich tut – das soll sich künftig ändern. Hartmann sagt, Verbesserungsbedarf sehe er vor allem in zwei Bereichen: «Einerseits muss die Koordination untereinander besser werden, andererseits möchten wir die Rolle der Miliz stärken. Derzeit hat oft der Profiaparat ein Übergewicht, und es gelingt uns nicht immer, Vertrauensleute in wich-

tige Entscheidungen einzubeziehen. Das sollten wir ändern.» **Wird nur über Gruppenaufbau und Strukturvereinfachung gesprochen?** Nein, die Diskussion rund um «Unia 2.0» umfasst mehr. Der Kongress hat in seinem Leitantrag 13 Themenbereiche definiert, bei denen bessere Lösungen gesucht werden. Es sollen auch strategisch wichtige Fragen geklärt werden. Zum Beispiel, wie sich die Streikfähigkeit der Gewerkschaft verbessern lässt. Oder wie das Verhältnis zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) aussehen soll. Motto: Die Grundsätze der Gewerkschaft werden geklärt.

**Wie läuft die Diskussion?** Zuerst soll es eine offene, partizipative Phase geben. Sie besteht aus (voraussichtlich) online durchgeführten Konferenzen zu den im Leitantrag festgelegten Themenbereichen. Möglichst viele Mitglieder sollen so die Möglichkeit bekommen, ihre Vorstellungen und Ideen zu äussern. 2022 werden dann die Gremien der Unia über die Vorschläge beraten. Enden wird die Diskussion an einem ausserordentlichen Kongress, der Anfang 2023 stattfinden wird – das letzte Wort über Satzungs- und Strukturänderungen in der Unia haben also wieder die Mitglieder.



# Arbeitsbedingungen So macht's die Unia

Die Gewerkschaft kämpft für gute Arbeitsbedingungen. Ist sie auch eine gute Arbeitgeberin? work hat nachgehakt.

JOHANNES SUPE

Es war ein heiss diskutiertes Kongressthema: Wie geht die Gewerkschaft eigentlich mit ihren eigenen Mitarbeitenden um? 1131 Personen beschäftigt die Unia insgesamt. Entsprechend gab ein Antrag zu reden, der eine

## Gewerkschaftssekretäre und -sekretärinnen verdienen zwischen 5200 und 6000 Franken.

minutengenaue Zeiterfassung aller Beschäftigten forderte, völlige Lohntransparenz, gute Entwicklungsmöglichkeiten. Denkbar knapp lehnten die Kongressdelegierten den Vorschlag ab – 135 sagten Nein, 123 Ja, 6 enthielten sich. Schon jetzt seien die Arbeitsbedingungen genügend geregelt. Aber stimmt das? work hat nachgeschaut.

### LÖHNE

Die Unia stellt ihre Mitarbeitenden nach den Richtlinien eines umfassenden Reglements an. Dieses ist – mit allen Anhängen, Richtlinien, Gehaltstabellen und weiteren Dokumenten – im Intranet für sämtliche Mitarbeitenden einsehbar. Für jeden Job bei der Unia gibt es eine genaue Funktionsbeschreibung und eine Beschreibung der Anforderungen an die Bewerberin. Danach richtet sich auch die Einstufung der Mitarbeitenden aufgrund der Lohntabellen der Gewerkschaft. Die Löhne selbst rangieren dabei (mit Unterschieden zwischen den Regionen) von etwa 4000 Franken in der untersten Kategorie und im allerersten Jahr bis 12540 Franken in der höchsten Lohnklasse mit mehr als 25 Jahren Berufserfahrung. Der aktuell höchste ausbezahlte Lohn ist 2,9 Mal höher als der tiefste Lohn. Die meisten Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre verdienen zwischen 5200 und 6000 Franken. Hinzu kommt ein 13. Monatslohn. Und das Personalreglement hält auch fest, dass jährlich die Teuerung ausgeglichen wird.

### ARBEITSZEITEN

Deutlich gibt das Personalreglement vor: «Die Arbeitszeit wird erfasst.» Doch bei den Arbeitszeiten kennt die Unia eine Besonderheit. Zwar gilt sowohl für Gewerkschaftssekretärinnen als auch für das administrative Personal eine 40-Stunden-Woche. Doch die Gewerkschaftssekretäre können auch ver-



HÖRT DIE SIGNALE! Fahnen schwenken zur Internationale in Thun. FOTO: UNIA

pflichtet werden, bis zu 45 Stunden zu arbeiten, ohne dass dies als Überzeit gilt. Dafür allerdings erhalten die Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre eine weitere Woche Ferien – mindestens also sechs Wochen – sowie drei freie Brückentage, etwa an Aufahrt oder Weihnachten.

### LOHNGLEICHHEIT

Immer wieder mahnt die Unia Lohngleichheit zwischen Mann und Frau an. Die Gewerkschaft selbst führt regelmässige Gleichstellungsanalysen bei sich durch. Überprüft wird dabei die Besetzung der Unia-Gremien, die Ausgewogenheit der Anstellungen und die Lohnhöhe bei Mann und Frau. Zuletzt wurde ein solcher Bericht im April 2021 vorgelegt. Dessen Ergebnis: Der nicht mit Berufserfahrung, unterschiedlicher Ausbildung oder Aufgabe zu erklärende Lohnunterschied liegt bei 0,5 Prozent, das ist im Vergleich zu anderen Unternehmen sehr tief. Noch stärker werden muss und will die Unia bei der Anstellung von Frauen in Führungspositionen.

# Die Unia-Jugend setzt ein deutliches Zeichen Das Kreuz mit der «Sozialpartnerschaft»

«Sozialpartner» oder «Vertragspartner», «Friedenspflicht» oder «Kampfbereitschaft»? Der Unia-Kongress führte eine alte gewerkschaftliche Diskussion neu.

CLEMENS STUDER

Antrag 0 40 zur Organisationstrategie/neuer Punkt 5.5: «Wir behalten uns in Konfliktfällen die Möglichkeit offen, auch bei bestehender Sozialpartnerschaft oder bestehenden GAV von unserem Recht auf Streik oder anderen Kampfmassnahmen Gebrauch zu machen. Insbesondere dulden wir keine Entlassungen ohne Kampfmassnahmen. Wir bemühen uns gemeinsam mit den Arbeiter\*innen, ein klares Klassenbewusstsein zu schaffen, und entledigen uns des Grundsatzes der Sozialpartnerschaft.»

Eingereicht hat den Antrag die Unia-Jugend. Und sie vertrat ihn engagiert. Delegierte Helis Genis sagte: «Ein GAV ist bloss ein Waffenstillstand. Wir müssen da raus und alle Kampfmassnahmen ausnützen.» Gegen den Antrag äusserte sich unter anderem der Sektor Tertiär.

Nach einer engagierten Debatte setzte sich die Unia-Jugend überraschenderweise durch. Damit ist ein neues Kapitel in der Gewerkschaftsgeschichte aufgeschlagen. Obwohl es genaunommen ein altes ist. Denn die Diskussion unter den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern über den Begriff und die Bedeutung von «Sozialpartnerschaft» ist jahrzehntealt.

### EINE LANGE GESCHICHTE

Eine lange Geschichte kurz erzählt: Unter dem Eindruck der in Italien und Deutschland aufstrebenden faschistischen Bewegungen schlossen die Arbeitgeber und die Gewerkschaften der Metall- und Maschinenindustrie 1937 ein sogenanntes Friedensabkommen. Es verbot jegliche Kampfmassnah-



DIGITAL UND ANALOG: Die Delegierten der Sektoren und der Interessengruppen nahmen in der Unia-Zentrale in Bern am Kongress teil. FOTO: UNIA

men und führte stattdessen ein System zu Lohnverhandlungen ein. Im Gleichschritt mit den MEM-Gewerkschaften gab auch die SP Schweiz ihre klassenkämpferische Position auf, bejahte den bürgerlichen Staat und bekannte sich zur Armee.

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die «Friedenspflicht» weiter in Gesamtarbeitsverträgen festgeschrieben. Es folgten die Jahre des sogenannten Wirtschaftswunders, und die Brosamen, die von den Ti-

## Die Unia begreift sich seit ihrer Gründung als kämpferische und offensive Gewerkschaft.

schen der Patrons fielen, stellten die Lohnabhängigen ruhig. Den meisten ging es halbwegs gut, den Besitzenden ganz gut. Kuscheln statt kämpfen war das Motto. Das führte unter anderem auch dazu, dass sich die Gewerkschaften in der Zeit des Saisonierstatuts nicht gerade mit Ruhm bekleckerten. Sie betrachteten die sogenannten Fremdarbeiter als Feinde und solidarisierten sich zu lange mit den ausbeuterischen Chefs

statt mit den Kollegen an der Werkbank nebenan.

### DIE WENDE

Es folgten Jahrzehnte der gewerkschaftlichen Stagnation. Bis in den 1990er Jahren die Wende begann: Auslöserin war auch die lange Rezession nach dem EWR-Nein bis 1997. Ausgehend von der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI, eine Gründungsorganisation der Unia), verabschiedeten sich mehr und mehr Gewerkschaften vom Nachkriegsmodell. Das hiess konkret: weg von der Beschränkung auf Gesamtarbeitsverträge und Lohnverhandlungen, weg auch von der absoluten Friedenspflicht. Das war gleichzeitig eine Reaktion auf das neoliberale Abbruchprogramm der Arbeitgeber und der rechten Parteien. Oder andersrum: Die Arbeitgeber wollten nicht einmal mehr die von ihrem Tisch fallenden Brösmeli den Lohnabhängigen überlassen. Sie bezeichneten GAV als Auslaufmodell und führten einen rücksichtslosen Klassenkampf von oben. Damals reifte auch in der Gewerkschaft Smuv – quasi der Mutter der Friedenspflicht auf gewerkschaftlicher Seite und ebenfalls eine Gründungsgewerkschaft der

Unia – die Erkenntnis, dass gemeinsames Kämpfen mehr Erfolg für die Lohnabhängigen verspricht als die bisherige Kuschel-Doktrin. Es dauerte allerdings noch etliche Jahre und noch mehr Diskussionen, bis es zur Gründung der Unia kam. Die ganze Geschichte erzählen Ex-Unia-Co-Präsident Vasco Pedrina und Ex-GBI-Vize Hans Schäppi in ihrem neu erschienenen Buch «Die grosse Wende in der Gewerkschaftsbewegung» ([rebrand.ly/pedrina](https://rebrand.ly/pedrina)).

### KÄMPFERISCHE UNIA

Die Unia begreift sich seit ihrer Gründung als kämpferische und offensive Gewerkschaft. Und hat dies auch immer wieder demonstriert: Zum Beispiel mit der Grosskampagne für Rentenalter 60 auf dem Bau. Mit den unzähligen Grossdemos für Verbesserungen im Bauvertrag. Oder mit den Kampagnen für Mindestlöhne im Dienstleistungssektor. So gesehen, ist der neue Punkt 5.5, den die Delegierten angenommen haben, die Verschriftlichung dessen, was die Unia seit ihrer Gründung lebt (siehe Interview mit Bau-Chef Nico Lutz unten). Oder andersrum: Nur wer Arbeitskämpfe gewinnt, wird respektiert.

# Wird jetzt alles anders, Herr Lutz?

Der Kongress hat mit dem Entscheid für den Antrag der Unia-Jugend zur Sozialpartnerschaft ein Zeichen gesetzt. work hat mit GL-Mitglied Nico Lutz darüber gesprochen.

CLEMENS STUDER

work: Nico Lutz, verändert sich jetzt die Arbeit der Unia fundamental?

Nico Lutz: Ich lese nach der Debatte die Entscheidung der Delegierten als ein starkes Signal für eine noch kämpferischere Unia. Inhaltlich ist es so, dass die Unia seit ihrer Gründung die sogenannte Friedenspflicht nie verabsolutiert hat. Der Sektor Bau zum Beispiel hat sich immer mit Protest- und Kampfmassnahmen gewehrt, wenn die Arbeitgeber sich nicht an die Verträge halten wollten oder um für die legitimen Rechte der Arbeitnehmenden einzustehen. Und auch in der Industrie, vor allem in der Westschweiz

und im Tessin, kam es zu erfolgreichen Kampfmassnahmen. Kurz: Eine Gewerkschaft, die nicht streiken kann, ist keine Gewerkschaft. Und die Unia ist eine Gewerkschaft.

Während der Debatte wurden die GAV als Waffenstillstand bezeichnet. Einverstanden?

Das greift meines Erachtens zu kurz. Wir wollen eine kollektive Festlegung der Mindestarbeitsbedingungen. Weil die Arbeitnehmenden gemeinsam immer stärker sind als einsam. Darum hat der Kongress mehr GAV als ein klares Ziel beschlossen. Die Verhandlungen über neue oder bessere GAV sind ein dialektischer Prozess: Wir wollen mehr, die Arbeitgeber weniger. Da sind wir Gegner mit unterschiedlichen Interessen. Wenn ein Gesamtarbeitsvertrag abgeschlossen ist,



NICO LUTZ, Leiter Sektor Bau. FOTO: UNIA

gibt es dann durchaus ähnliche Interessen: Durchsetzung der Mindestarbeitsbedingungen für alle, Weiterbildung. Das organisieren Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam in paritätischen Kommissionen.

Die «Sozialpartner» sind auch in der nationalen Politik ein stehender Begriff.

Über Begriffe kann man sich immer streiten. Mir persönlich liegt «Vertragspartnerschaft» auch näher als «Sozialpartnerschaft». Tatsache ist aber, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in bundespolitischen Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle

spielen. Das vergessen die Arbeitgeber zwischendurch, bis sie wieder merken, dass gegen die Gewerkschaften in unserem Land kaum etwas geht. Zum Beispiel bei der Revision des Pensionskassensystems, bei der AHV. Und da können die Gewerkschaften auch immer wieder wichtige Erfolge erzielen, wie etwa zuletzt bei der Überbrückungsrente für ältere

## «Wir wollen beides: Vertragspartnerschaft und kämpfen.»

Stellenlose. Oder bei der wirtschaftlichen Abfederung der Folgen der Covid-Pandemie. Aber diese Position müssen wir auch immer wieder verteidigen mit einem starken, kämpferischen und klaren Auftritt auf dem Terrain. Darum ist die Frage nicht Vertragspartnerschaft oder kämpferische Gewerkschaft. Wir wollen beides.



Wie stark soll sich die Unia künftig in der Pflegebranche engagieren?

# Eher «insbesondere» oder «auch»?



DEZENTRAL ENGAGIERT: Die Delegierten der Region Zürich-Schaffhausen trafen sich in Zürich zum halbdigitalen Kongress. FOTO: UNIA

## Die erste Debatte am Kongress entzündete sich an einem einzigen Wort. Und doch ging es um viel mehr.

CHRISTIAN EGG

Die neue «Strategie 2024» sieht vor, dass die Unia in den «essentiellen Berufen» wächst und mehr Mitglieder gewinnt. Gemeint sind damit Pflege, Logistik und Detailhandel. Wie wichtig diese Dienstleistungsberufe für das Funktionieren einer Gesellschaft sind, hat die Coronakrise gezeigt. Dort will sich die Unia künftig stärker verankern.

Und dann kommt der springende Satz, um den am Kongress heftig gerungen wurde: «Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir unsere Kräfte ge-

zielt in diesem Bereich – insbesondere in der Pflege – einsetzen.»

### GEWERKSCHAFTSWÜSTE

Unbestritten ist: die Pflegeberufe brauchen dringend eine Aufwertung. Auch und gerade in der privaten Pflege, wo sich internationale Konzerne breitmachen. Unia-Chefin Vania Alleva sagt es im work-Interview so: «Hier sind die Arbeitsbedingungen zum Teil mehr als prekär. Die Profite der Aktionäre werden auf dem Buckel der Mitarbeitenden gemacht» (das ganze Interview: [rebrand.ly/vaniawork](https://rebrand.ly/vaniawork)). Und in der privaten Pflege herrscht Gewerkschaftswüste.

Unbestritten ist auch: Die Unia will mehr Frauen als Mitglieder gewinnen.

Doch wie «insbesondere» soll das sein? Die Region Zentralschweiz wollte das «insbesondere in der Pflege» ersetzen durch ein «auch in der Pflege».

Denn ein Schwerpunkt in der Pflege berge die Gefahr, andere Branchen zu vernachlässigen. Schreinerin Chantal Spichiger erklärte: «Wir müssen aber auch die bisherigen Bereiche stärken,

### «Wir müssen auch die bisherigen Bereiche weiter stärken!»

SCHREINERIN CHANTAL SPICHIGER

zum Beispiel das Schreinerhandwerk oder auch den Bau.» Die Diskussion war eröffnet.

«Falsch!» fand Dorette Balli-Straub von der Region Oberrhein, denn die Unia brauche in der Pflege unbedingt eine «Trendwende». Weil die Pflegenden bis jetzt praktisch nur durch Berufsverbände vertreten würden, nicht durch Gewerkschaften. Und die Unia brauche auch dringend mehr Frauen. Also unbedingt «insbesondere

in der Pflege». Ins gleiche Horn blies auch Pflegerin Silvia Dragoi. Sie argumentierte: «Wenn wir als Gewerkschaft stärker werden wollen, können wir uns nicht darauf beschränken, die Kollegen zu verteidigen, die schon einen GAV haben.»

### STATUS QUO STATT VORWÄRTS?

Am Ende gab die Kongressmehrheit Schreinerin Spichiger recht: Mit 123 zu 111 entschied sie sich für die Formulierung: «auch in der Pflege».

Was heisst diese Abschwächung der Formulierung nun für die konkrete Arbeit der Unia? Statt eines Aufbruchs der Status quo? Véronique Polito von der Geschäftsleitung sagt: «Wir werden die bestehenden GAV verteidigen und verbessern, wie dies der Kongress bestätigt hat. Und wir werden die begonnene Aufbaustrategie fortsetzen. In der Pflege und, je nach Entwicklung, auch in anderen essentiellen Berufen.»

## «Viele sehr gute Reden»



**Nino Stuber, 44, Präsident IT-Branche, IT-Consultant**

«Die Umsetzung dieses ersten digitalen Kongresses fand ich sehr positiv. Abgesehen von

zwei kleinen Pannen hat alles super funktioniert. Da sieht man, dass eine Organisation wie unsere trotz kleinerem Budget den Arbeitgebern ebenbürtig ist! Aufgefallen ist mir auch, wie gut die Reden der Delegierten in diesem Jahr waren. Qualitativ viel besser als etwa beim letzten Kongress vor vier Jahren.

Gefehlt hat mir natürlich aber die soziale Komponente, die es am Kongress sonst immer gibt: die Ge-

sprache und der Austausch mit Delegierten aus der ganzen Schweiz, etwa beim gemeinsamen Abendessen. Das lässt sich digital halt leider nicht ersetzen. Schwer beeindruckt hat mich die IG Jugend. Wie engagiert ihre Delegierten mitgemacht und wie vehement sie ihre Anträge verteidigt haben – das hat mir wirklich imponiert. Da konnte man sehen: Da sind Junge, die nachkommen und kämpfen. Was mich beruhigt, ist, dass der Sektor Industrie jetzt wieder eine Leitung hat. Und ich bin sehr erfreut, dass Vania weiterhin unsere Präsidentin ist. Und dass wir in der Geschäftsleitung jetzt eine Frauenmehrheit haben. Das ist ein wichtiges Zeichen gegen aussen – und hat Signalwirkung. Zum Beispiel in unserer Branche, der Industrie.

## «Endlich wieder mal persönlich»

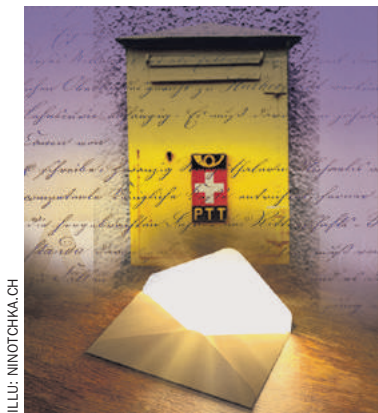


**Dorette Balli-Straub, 66, pens. Sozialpädagogin, Region Oberrhein**

«Wunder-schön fand ich, dass wir uns wieder einmal

treffen und zusammen essen konnten. Auch wenn es nur im kleineren Kreis war – ich habe es genossen! Ich war erstaunt, wie so ein Kongress auch digital funktionieren kann. Trotz einzelnen technischen Pannen und dem Umstand, dass es doch anstrengender ist, sich den ganzen Tag auf das virtuelle Geschehen zu konzentrieren. Zukunftsweisend finde ich, dass wir den Leitantrag angenommen haben. Dort wird explizit auch die

Pflege erwähnt. Für mich ist das ein klares Bekenntnis – und für mich ist das ein Zeichen, dass sich die Unia hin zu einer weiblicheren Gewerkschaft wandelt. Weil die Unia lange vor allem in männerdominierten Branchen stark war und ist, muss sie dort einen besonderen Effort leisten. Ein wichtiger Schritt ist auch der Reformprozess, zu dem wir Ja gesagt haben. Ich habe noch nie so etwas kompliziertes wie die Unia gesehen und bin froh, dass wir diese Strukturen nun angehen. Besonders freue ich mich natürlich auch über die neue Frauenmehrheit in der Geschäftsleitung. Da ist eine Veränderung zu spüren! Denn in den vielen Jahren, in denen ich politisch aktiv bin, war es oft so, dass ich als eine der einzigen Frauen in einem Gremium sass.



## Die Briefträgerin & die Wundertüte

An einem morgendlichen «Briefing» (für die Briefträgerinnen und Briefträger...) wurde mitgeteilt, dass die Post die Briefeinfürungen deutlich reduzieren wolle. Die Bevölkerung sei



**Bärtschi-Post**

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

bei allfälligen Reklamationen an den «Kundendienst» zu verweisen. Die Briefeinfürungen wurden mit angepassten Hinweisen versehen, die Zeitschrift «Saldo» griff das Thema auf und in ihrem Gefolge weitere Zeitungen: Die Anzahl Briefeinfürungen am Wochenende wurde um zwei Drittel reduziert. An Werktagen gebe es mehrheitlich nur noch eine Morgenleerung durch die Briefträgerinnen und Briefträger auf der Tour. «Ja, das wird Reaktionen geben», hatten einige Kolleginnen und Kollegen schon am Briefing vermutet. Und äusserten später ihre Zweifel, dass dieser Dienstleistungsabbau eine gute Sache sei. Tatsächlich waren die Reaktionen im Netz durchweg negativ, von zynisch über zornig bis resigniert. «Kein Wunder, schreiben die

## Der Briefkasten ist ein Ort der Geheimnisse und der Verheissung.

Leute keine Briefe mehr.» «Besser das Porto sparen und den Brief selber bringen.» «Preis rauf, Dienstleistung runter, das nennt sich Service public.» «Schade, dass ein Bundesbetrieb nur noch auf höhere Gewinne aus ist.» Bereits 2007 hatte «20 Minuten» getitelt: «Briefkastensterben in der Schweiz. Die Post hebt bis 2010 etwa jeden zehnten Briefkasten auf.» Jetzt betont laut Presseberichten eine Postsprecherin: «Wir wollen nicht Briefkästen abbauen, sondern den Menschen in der Schweiz kurze Wege bieten» – diese Argumentation ist der Briefträgerin irgendwie peinlich.

**PHILOSOPHIE.** Vor Jahren schickte ein Freund ihr einen Zeitungsartikel zum Thema Briefkasten. Einen hochphilosophischen, nur halbverständlichen. Geblieben ist der Briefträgerin, dass der Verfasser den Briefkasten als Ort der Geheimnisse, als dunkles Gefäss der Verheissung, ja der Hoffnung beschrieb. Und so ist es in der Tat: Sowohl Briefeinfürung wie Hausbriefkasten enthalten Verschlussenes, Geheimes, Überraschendes, manchmal sogar Erfreuliches. Er ist und soll bleiben: eine Wundertüte aus gelbem Blech. Mit Inhalten, die ihr Ziel erreichen wollen, bevor sie veraltet sind.



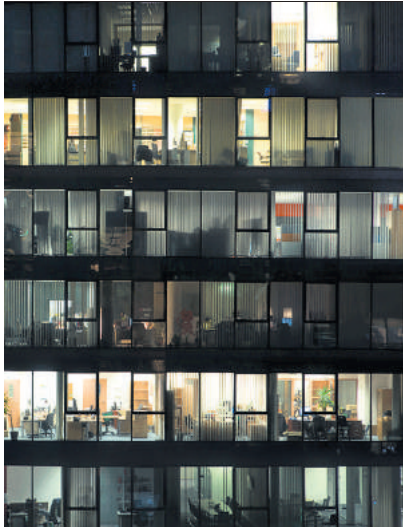


**Das offene Ohr**  
David Aebly  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Nacharbeit: Gibt es immer einen Lohnzuschlag?

Seit längerer Zeit arbeite ich einmal pro Monat in der Nacht. Auf der Lohnabrechnung wurde mir für diese Arbeitsstunden bis jetzt immer ein Lohnzuschlag von 25 Prozent vergütet. Ein Kollege von mir arbeitet ausschliesslich in der Nacht. Er erhält keinen solchen Lohnzuschlag. Ist dies ein Versehen?

**DAVID AEBLY:** Nein. Das Gesetz unterscheidet zwischen vorübergehender Nacharbeit und dauernder oder regelmässig wiederkehrender Nacharbeit (Artikel 17 b des Arbeitsgesetzes). Vorübergehende Nacharbeit



**NACHTARBEIT:** Wer mehr als 24 Nächte pro Jahr arbeitet, hat Anspruch auf eine Zeitgutschrift. FOTO: ADOBE STOCK

leistet, wer pro Jahr höchstens während 24 Nächten arbeitet. Diesen Arbeitnehmenden muss die Firma zwingend einen Lohnzuschlag von mindestens 25 Prozent zu bezahlen. Wer hingegen pro Jahr mehr als 24 Nächte arbeitet, also dauernd oder regelmässig Nacharbeit leistet, hat anstelle des Lohnzuschlages Anspruch auf einen Zuschlag von 10 Prozent. Für jede Stunde Nacharbeit gibt es also eine Zeitgutschrift von 6 Minuten. Sie dient der Erholung der Mitarbeitenden und muss darum zwingend in Form von Freizeit bezogen werden. Eine Abgeltung durch Geld ist nicht zulässig.

## Krank nach Kündigung: Muss ich die verpasste Zeit nacharbeiten?

Ich habe meine Arbeitsstelle selber gekündigt. Darauf bin ich während der Kündigungsfrist für drei Wochen krank geworden. Mein Chef meint nun, dass ich die verpasste Zeit nacharbeiten müsse. Stimmt das?

**DAVID AEBLY:** Nein, das müssen Sie nicht. Das Obligationenrecht sieht vor, dass nach Ablauf der Probezeit die Firma nicht kündigen darf, wenn ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin ohne eigenes Verschulden durch Krankheit oder Unfall ganz oder teilweise nicht arbeiten kann. Eine während dieser Sperrzeiten ausgesprochene sogenannte Kündigung zur Unzeit ist nicht erlaubt. Ist dagegen die Kündigung vor Beginn der Krankheit oder Unfall erfolgt, aber die Kündigungsfrist bis dahin noch nicht abgelaufen, so wird ihr Ablauf unterbrochen und erst ab Beendigung der Sperrfrist fortgesetzt. Diese Kündigungsbeschränkung setzt jedoch eine Kündigung des Arbeitgebers voraus. Da Sie selbst gekündigt haben, ändert die Krankheit nichts an der Dauer der Kündigungsfrist. Sie müssen also die drei Wochen nicht nacharbeiten, und Ihr Arbeitsverhältnis endet mit der ordentlichen Kündigungsfrist.

## 14 workservice 18. Juni 2021

### Ihr Lehrlingslohn: Nicht nur für Plausch und Party

# Endlich sein eigenes Geld verdienen

Wem gehört Ihr Lehrlingslohn? Ihnen! Dennoch können Sie nicht völlig frei darüber verfügen. Die Eltern dürfen von Ihnen erwarten, dass Sie daraus einen Teil Ihrer Lebenshaltungskosten finanzieren.

MARTIN JAKOB

Gegen 70 000 junge Menschen beginnen nach den Sommerferien ihre Berufslehre – und erhalten erstmals Lohn. Je nach Beruf und Branche differieren die Lehrlingslöhne stark, im ersten Lehrjahr betrugen sie zwischen wenigen hundert Franken bis über tausend Franken (siehe workTipp). Auf jeden Fall ist das schon mehr als ein Taschengeld. Stellt sich die Frage: Was fangen Sie damit an?

#### UNVERMEIDLICH: LOHNABZÜGE

Ab Lehrbeginn darf Ihnen die Firma die Prämie für die obligatorische Nichtberufsunfallversicherung abziehen, manche Firmen übernehmen einen Teil der Prämie. Falls Ihre Firma eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen hat, müssen Sie maximal die Hälfte der Prämie von Ihrem Lohn bezahlen. Ab dem 1. Januar des Jahres, in dem Sie 18 werden, bezahlen Sie den Arbeitnehmeranteil an den Prämien für AHV, IV, EO und ALV. Das sind zurzeit 6,4 Prozent des Bruttolohns. Steigt Ihr Jahresverdienst im Verlauf der Lehre über 21 510 Franken, werden Sie auch in die Pensionskasse aufgenommen, leisten aber bis zum 25. Altersjahr keine Sparbeiträge, sondern bezahlen nur eine kleine Risikoprämie zur besseren Absicherung bei Invalidität.

#### IM PRINZIP STEUERPFLICHTIG

Bis zum 18. Altersjahr sind Einkommen und Vermögen von Jugendlichen grundsätzlich von den Eltern zu deklarieren. Eine Ausnahme bildet das selbstverdiente Erwerbseinkommen, also auch der Lehrlingslohn. Allerdings sehen die kantonalen Tarife der Einkommenssteuer ein steuerfreies Minimum vor, und nur wenige Minderjährige müssen tatsächlich Steuern bezahlen. Ab dem Jahr, in dem Sie 18 werden, müssen Sie auf jeden Fall eine eigene Steuererklärung ausfüllen und einreichen. Es ist aber gut möglich, dass Sie während der ganzen Lehrzeit steuerbefreit bleiben. Denn vom Bruttolohn können Sie Berufsauslagen und die Kosten für den Arbeitsweg

richtlinien erarbeitet (Details auf [rebrand.ly/lehrlingslohn](http://rebrand.ly/lehrlingslohn)). Die Budgets folgen dem Leitsatz, dass die Lernenden ab dem ersten Zahltag einen mit der Lohnhöhe steigenden Anteil der Kosten tragen, die sie selber verursachen.

#### Lehrlinge sind steuerpflichtig, müssen aber selten Steuern zahlen.

und die auswärtige Verpflegung abziehen. Falls dann weniger als 10 000 Franken netto übrigbleiben, sind Sie in den meisten Kantonen und beim Bund (Untergrenze sogar 15 000 Franken) von der Steuer befreit.

#### IHR VERFÜGUNGSCHEIT

Der Lehrlingslohn gehört zunächst Ihnen. Das «Aber» folgt auf dem Fuss. Denn im Zivilgesetzbuch (ZGB) in Artikel 323 steht: «Was das Kind durch eigene Arbeit erwirbt, steht unter seiner Verwaltung und Nutzung. Lebt das Kind mit den Eltern in häuslicher Gemeinschaft, so können sie verlangen, dass es einen angemessenen Beitrag an seinen Unterhalt leistet.» In Artikel 276 tönt das ganz ähnlich: «Die Eltern sind von der Unterhaltspflicht in dem Mass befreit, als dem Kinde zugemutet werden kann, den Unterhalt aus seinem Arbeitserwerb oder andern Mitteln zu bestreiten.»

Sie dürfen sich Ihren Lohn auf ein eigenes Konto (siehe Text rechts) vergüten lassen. Sie müssen Ihren Eltern keine Zugriffsrechte auf dieses Konto einräumen, und Ihre Eltern dürfen auch nicht von Ihnen verlangen, dass Sie den ganzen Lohn zu Hause abgeben. Aber sie dürfen eine Kostenbeteiligung erwarten.

#### EIN BUDGET HILFT

Der Dachverband Budgetberatung Schweiz hat für Lehrlingslöhne von 400 bis 1800 Franken Budget-

richtlinien erarbeitet (Details auf [rebrand.ly/lehrlingslohn](http://rebrand.ly/lehrlingslohn)). Die Budgets folgen dem Leitsatz, dass die Lernenden ab dem ersten Zahltag einen mit der Lohnhöhe steigenden Anteil der Kosten tragen, die sie selber verursachen.

Das heisst für Sie: Sie beteiligen sich an den Kosten für den Arbeitsweg, fürs Handy, Kleider und Körperpflege, bezahlen Ihr Taschengeld aus dem eigenen Sack und je nach Lohnhöhe einen Anteil an der auswärtigen Verpflegung oder, falls Sie das Mittagessen zu Hause einnehmen, am familiären Haushaltsgeld. Mit steigendem Lohn darf das Taschengeld grosszügiger werden, und Sie können für grössere Anschaffungen oder für die Fahrschule zu sparen beginnen. Ab etwa 1000 Franken Lohn sehen die Budgets die Übernahme der Krankenkassen-

#### Ein Budget hilft, gut einzuteilen und den Überblick zu wahren.

prämie sowie von Selbstbehalten aus Krankheitskosten vor.

Natürlich entsprechen solche Musterbudgets nie allen Lebensumständen in allen Familien. Müssen Ihre Eltern selber mit wenig Geld auskommen, wird die Erwartung an Sie, sich an den gemeinsamen Haushaltskosten zu beteiligen, vielleicht grösser sein. Versuchen Sie sich mit den Eltern auf der Basis eines Budgets zu einigen. Kommt es dennoch zu Konflikten, hilft eine externe Budgetberatung (Fachstellen siehe [www.budgetberatung.ch](http://www.budgetberatung.ch)).

#### VORSICHT, SCHULDENFALLEN

Mit der Verwaltung Ihres Kontos erhalten Sie Übung darin, mit Geld haushälterisch umzugehen – das zahlt sich später aus, wenn Sie mit einem «erwachsenen» Lohn



#### WORKTIPP

#### LOHNWISSEN

Welche Löhne in Ihrem Lehrberuf üblich sind, finden Sie auf der Website der Gewerkschaftsjugend mit vielen zielführenden Links heraus. [www.gewerkschaftsjugend.ch](http://www.gewerkschaftsjugend.ch)

**MEHR ALS EIN TASCHENGELD:**  
Lehrlingslohn macht Freude. Aber, ach, das Leben ist teuer!

FOTO: GETTY

Und widerstehen Sie der Versuchung des schnellen Konsums auf Rechnung oder auf Pump. Bei Jugendlichen unter 18 Jahren ist das Onlineshopping gegen Rechnung heute die grösste Schuldenfalle, ab 18 Jahren können Kreditkarten-

käufe, Raten- und Leasingverträge zu Verpflichtungen führen, an die Sie lange gebunden bleiben. Ein Vorsatz, der so gut und sinnvoll ist wie jener, «rauchfrei» zu bleiben: schuldenfrei durch die Lehre zu kommen!

#### IHR EIGENES KONTO

## ACHTUNG, GEBÜHREN!

Bis zur Lehre sind Sie wahrscheinlich ohne ein Konto oder mit einem Sparkonto klargekommen. Zur Gutschrift Ihres Lohns und zur Abwicklung von Zahlungen benötigen Sie jetzt ein Privatkonto. Aber aufgepasst: Nicht unbedingt ist jene Bank, bei der im Moment Ihr Ersparnis liegt, die günstigste. Die Gebühren können je nach Anbieter und Kontonutzung sehr stark variieren. Bei [moneyland.ch](http://moneyland.ch) können Sie Ihr Nutzungsprofil eingeben und dann die effektiven Kosten vergleichen. Lassen Sie sich nicht von einem etwas höheren Zinssatz blenden – beim gegenwärtig tiefen Zinsniveau wirken sich die Unterschiede minimal aus.

**APPS UND KARTEN.** Diese Hilfsmittel erleichtern Ihnen Ihre Finanzverwaltung:

- E-Banking zur schnellen Kontoübersicht und zum Bezahlen von Rechnungen entweder im Dauerauftrag für regelmässig wiederkehrende Zahlungen oder mit Einzelaufträgen.
- Debitkarte (Maestro) zum Bezug von Bargeld und zur Bezahlung von Einkäufen im In- und Ausland. Die Debitkarte ist keine Kreditkarte, Ausgaben und Bezüge werden sofort dem Konto belastet.
- Twint zur Bezahlung von Einkäufen in der Schweiz. Twint ist eine App, mit der Sie bargeldlos shoppen können. Die Belastung erfolgt jeweils sofort auf dem Konto, das Sie hinterlegt haben. Im Ausland (ausser Liechtenstein) ist Twint nicht einsetzbar.
- Ab 18 Jahren: Kreditkarte zur Bezahlung von Einkäufen, Reisekosten, Onlineshopping. Kauf auf Kredit bis zur monatlichen Limite, Bezahlung über Monatsrechnung mit Teilzahlungsmöglichkeiten je nach Vertrag. Ratenzahlung ist aber in jedem Fall teuer – noch teurer als ein Barkredit. (jk)

## 18. Juni 2021 workservice 15

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**VORSICHT, HACKER!** Bei Android-Handys haben die Kriminellen am ehesten Erfolg.

FOTO: ADOBE STOCK

## So finden Sie ein sicheres Handy

Hacker starten immer wieder Angriffe auf Smartphones. Das ist besonders riskant, wenn auf dem Handy auch Logindaten fürs E-Banking gespeichert sind. Bei Android-Handys haben die Kriminellen am ehesten Erfolg.

Neue Android-Handys erhalten zwar meist monatliche Updates. Aber schon nach zwei bis drei Jahren gibt es für einen Teil der Modelle gar keine Updates mehr.

Heute ist dies zum Beispiel beim beliebten Samsung Galaxy S8 von 2017 der Fall sowie beim Nokia 6.1 von 2018. Damit zwingen die Hersteller die Kundschaft, immer wieder ein neues Gerät zu kaufen.

**LISTEN.** Hier können Sie vor dem Kauf prüfen, ob ein nicht aktuelles Modell noch Sicherheits-Updates erhält: für Samsung-Handys unter [saldo.ch/samsung](http://saldo.ch/samsung), für Nokia-Geräte unter [saldo.ch/nokia](http://saldo.ch/nokia). Bei Google-Handys der Marken Pixel und Nexus finden Sie die Liste unter [saldo.ch/pixel](http://saldo.ch/pixel) und für die Marke Xiaomi unter [saldo.ch/xiaomi-handly](http://saldo.ch/xiaomi-handly).

Dass es auch anders geht, zeigt Apple. iPhones und iPads erhalten meist fünf bis sechs Jahre lang nach der Veröffentlichung noch Updates. Das aktuelle Betriebssystem iOS 14 mit den neuesten Sicherheits-Updates läuft auch noch auf dem iPhone 6S aus dem Jahr 2015. Sogar das ältere Betriebssystem iOS 12 erhielt diesen März ein Sicherheits-Update. Es läuft noch auf dem iPhone 5S. Dieses Handy gibt es seit fast acht Jahren. MARC MAIR-NOACK

### Die Crux mit den Kundendaten-Sammelkarten von Migros, Coop & Co.

# Punkt für Punkt zum Striptease an der Ladenkasse

**Migros Cumulus. Coop Supercard. Und jetzt wird auch noch Discounter Lidl für seine neue App Lidl Plus. Hört das denn nie auf?**

MARTIN JAKOB

Frage an die Migros-Medienstelle: «Was spricht gegen die These, dass die Migros die Preise aller ihrer Produkte um mindestens ein Prozent für alle ihre Kundinnen und Kunden senken könnte, wenn sie auf das Cumulus-System ersatzlos verzichten würde?» Antwort: «Das Ziel unseres Treueprogramms ist:



FOTO: KEY

a) treuen Kunden zu danken und b) den Kunden bedarfsgerechte Informationen und Angebote zukommen zu lassen.» Aber hallo, haben wir denn nach dem Ziel gefragt? Nein, aber zu den Kosten von Cumulus könnte man gar keine Auskünfte geben.

**DATENKRANKEN.** Cumulus und Supercard sind zwar höchst erfolgreich. Sie sind aber auch berühmte Datenkranken. Zum Beispiel wird Ihr Warenkorb 6 bis 10 Jahre lang gespeichert. Zudem wird Ihr Per-

#### Prozentlipicker: Kundenkarten im Detailhandel

	Migros	Coop	Manor	Volg	ProBon*	Spar	Lidl
Kundenkarten	Cumulus	Supercard	Treuekarte	Voll-Markli	ProBon	Spar Friends	LidlPlus (NEU)
Registrierung	ja	ja	ja	nein	nein	ja	ja
Registrierte Benutzer	3 Mio. Haushalte	3,2 Mio. Haushalte	1,5 Mio. Karten	0	0	über 100 000	gestartet am 3.6.
Kundenkarte/App	ja/ ja	ja/ ja	ja/ ja	nein/ nein	nein/ nein	ja/ ja	nein/ ja
Sammelkarte/ Klebpunkte	nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein
Genereller Rabatt	1%	1%	1%	1%	ca. 2%	0%	0%
Rabattaktionen nur für Karteninhaber	ja	ja	ja	nein	nein	ja	ja
Vergütung Sammelpunkte	Gutscheine	Gutscheine	beim nächsten Kauf **	Auszahlung in bar	Auszahlung in bar	-	-
* Genossenschaft, ca. 1200 unabhängige Detailhandelsgeschäfte ** ab 500 Punkten							

sönlichkeitsprofil mit Zusatzdaten geschärft: «Die Daten des Teilnehmers können von Coop mit Daten von Dritten, insbesondere Adresshändlern, mit zusätzlichen Merkmalen (wie Haushaltsgrösse, Hausbesitz, Alter, Einkommensklasse usw.) angereichert werden», heisst es

#### Einkaufsdaten werden mit Alters- und Lohn-daten verknüpft.

in den AGB der Supercard. Deshalb rät die Stiftung für Konsumentenschutz in ihrem Onlineratgeber: «Es empfiehlt sich, gut zu überlegen, ob man an einem Kundenbindungsprogramm teilnimmt. Die angebotenen Vorteile sind die Preisgabe der grossen Mengen an Informationen über Sie und Ihr

Einkaufsverhalten kaum wert» ([rebrand.ly/konsschutz](http://rebrand.ly/konsschutz)). Doch weil die Datensauger so gut funktionieren, sind auch andere Händler auf dem Plan (siehe Tabelle). Manor mit der Manor-Treuekarte, Spar mit der Spar-Friends-Karte. Und jetzt auch Lidl, neben Aldi einer der beiden deutschen Discounter, die einst auf dem Schweizer Markt angetreten waren, um die beiden Platzhirsche das Fürchten zu lehren.

**SCHWAN, KLEB AN.** Sympathisch, aber marginal sind da die beiden Klebpunkteverteiler Volg und ProBon. Mit deren Rabattmarkti laufen Sie unter dem Radar der Datensammler locker durch. Und dann gibt's noch die Treuesysteme-Abstinenzler. Zum Beispiel Denner

(eine Migros-Tochter) und Aldi. Denner-Mediensprecher Thomas Kaderli: «Wir investieren das Geld, das wir für Unterhalt und Werbung eines solchen Systems ausgeben würden, lieber in dauerhaft günstige Preise.»

**WORK EMPFIEHET:** 1. Befreien Sie sich von der Illusion, mit irgendeinem Treueprogramm erhielten Sie irgendetwas geschenkt. Die Kosten für Rabatte, Aktionen und zielgerichtete Werbung bezahlen Sie alle selbst – über den Ladenpreis. 2. Werden Sie marken- und anbieterunabhängiger, treuepremiensensibel und preissensibel. Kaufen Sie in der Schweiz ein, aber dort, wo die beste Ware zum günstigsten Preis erhältlich ist.

#### DATENSCHUTZ

## IHR RECHT AUF EINSICHT

Wer Daten von Dritten sammelt, muss darüber auf Verlangen Auskunft geben. Das Einsichtsrecht betrifft auch Ihre Kundenakte bei den Firmen, die Daten über Sie und Ihr Einkaufsverhalten sammeln. Die Digitale Gesellschaft hat eine Website eingerichtet, über die Sie Ihr Auskunftsbegehren bei zahlreichen Firmen – auch Migros und Coop – formulieren und schriftlich einreichen können: [www.datenauskunftsbegehren.ch](http://www.datenauskunftsbegehren.ch)

### Für betreuende Eltern

# Mehr Urlaub

**Für Eltern schwerkranker Kinder gibt's ab 1. Juli einen 14wöchigen Betreuungsurlaub. Gleichzeitig verbessert sich auch die Situation für Mütter, deren neugeborenes Kind länger im Spital bleiben muss.**

Mussten erwerbstätige Eltern bisher ein wegen Krankheit oder Unfall schwer beeinträchtigtes Kind betreuen, war das kaum zu machen, ohne dass ein Elternteil – meistens die Mutter – Ferientage opferte oder unbezahlten Urlaub nahm. Ab 1. Juli haben betroffene Eltern nun Anspruch auf 14 Wochen Betreuungsurlaub, den sie innerhalb von 18 Monaten am Stück oder tageweise (98 Tage) beziehen und unter sich aufteilen können. Die Entschädigung beträgt 80 Prozent des Einkommens.

Bereits seit Anfang 2021 ist auch klarer geregelt, wie viele Tage bezahlter Urlaub für die Betreuung von Angehörigen bezogen werden dürfen – nämlich 3 Tage pro Ereignis und maximal 10 Tage pro Jahr. Eingeschlossen ist auch die Betreuung der Lebenspartnerin oder des Lebenspartners, falls seit mindestens 5 Jahren ein gemeinsamer Haushalt besteht.

**BIS ACHT WOCHEN MEHR.** Muss ein Neugeborenes nach der Geburt über Wochen im Spital bleiben, hatte das bisher auf die Mutterschaftsentschädigung keinen Einfluss. Ebenfalls ab 1. Juli haben betroffene Mütter nun Anspruch auf bis zu acht zusätzliche Wochen Mutterschaftsentschädigung – je nach Dauer des Spitalaufenthalts ihres Kindes. (jk)



workrätsel Gewinnen Sie ein Apple iPad!



Ob Arbeit, Lernen oder Spielen: mit dem von WAGNER AG offerierten Apple iPad (10,2'', Wi-Fi, 32 GB) im Wert

von 349 Franken erledigen Sie alles ganz einfach – wo und wann immer Sie wollen.



LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 10  
Das Lösungswort lautet: MINDESTLOHN

T	S			N	G			A	U	H							
N	A	P	O	L	E	O	N	P	O	L	L	I	N	A	T	O	R
T		I		T	O	L	L	W	U	T	I	R	R				
S	A	M	O	A	R			O	N		D	O	P	I	N	G	
S	A	M	O	A	R	I	T	T	I	G	E	N	E	E			
C	H	A	P	I	N	K		W	K	B	E	B	E	N			
H	I	R	T	I	N	O		E	R	I	V	I	E	R	A		
O	E	D	X	K	N	O	E	D	E	L	E	I	V				
E	P	A	T	I	E	N	T		G	B	R	U	N	A			
L	E	G	E	R	T			K	L	E	S	E	N	G			
Y	I	N	G	S	E	N	E	G	A	L	I	S	E				
B	K	A	B	I	N	E	N	T		A	N	D	E	R	S		
Y	V	E	S		M	U	P	I	L	L	E	I	S				
E	S		S		M	I	E	R	E	N		G	R	E	N	Z	
P	R	U	S	S	I	E	N	S		P	A	T	E	N	T	A	

DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: Rita Kaufmann, Thalwil ZH. Herzlichen Glückwunsch!

Drei- zehen- faultier			Wasser- einla- gerung	Harmo- nielehre: Feng ...	gesund werden			Lebe- wesen	Drall der Billard- kugel	Autokz. Nieder- lande	Schalt- uhr (engl.)		lat.: sechs		Kurz- mittei- lungen (Kw.)	Monats- name	zweite Mahd	Doppel- konso- nant
→				→	→			→	→	→	→				→	→	→	→
erhält im Moment die halbe Schweiz	Teil des Schuhs		pla- nieren, glätten		Verleih- unterneh- mer von Filmen			ein Schiff stürmen							Düsen- flug- zeug			
Ge- wässer- rand	→		→					kleines Näh- werk- zeug		eh. CH- Eiskunst- läuferin (Sarah)		11		grobe Pflan- zenfaser	Behör- den- stelle			
→		2			zu Gott spre- chen		Film von Thomas Imbach	→								7		Kaufwert v. Waren
Auto-Typ (Kw.)			sich zu etw. be- kennen: sich ...		fach- männ. Helfer							6		Berg in Grau- bünden: Piz ...	Stadt im Kanton Zug		kleine Frucht- art	wirken, scheinen
locker machen, ent- wirren	→		→				Werk- zeug		Hieb- u. Stoss- waffe					Ort mit Militär- flugplatz im Kt. VD				
→				sprachl. hervor- heben		schweiz. Cabaret (1949– 1960)	→								Hand- gelenk- schmuck	ital. Tonbez. für das E		
Zahl der Kegel beim Kegeln	schwe- len, an- brennen			schweiz. Kunst- sammler † 2010	→								Lenk- rad		britann. Sagen- könig			
Spuren- element	→					afrikan. Kuh- antilope	Grund- stück, Gelände			Fluss im Kanton Aargau	→						jp. Matratze	landwirt- schaftl. Geräte
→			elegante Frau		Grund f. Rutsch- gefahr			3						Zitter- pappel		Mär- chen- gestalt		8
best. Artikel (4. Fall)		Krachen bei Gewitter	→							Berg bei Lugano: Monte ...				Strom- siche- rung				
altes Apothe- ker- gewicht	10				Berner Fuss- ballclub		Frauen- wäsche- stück		Geld- strafe							Initialen e. CH- Tennis- spielers	frz. Artikel	
Frauen- kloster im Kt. SZ		dt. Lieder- macher (Reinh.)	→			Trage		4						Sing- vögel				
→									be- ginnen									

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Lösungswort einsenden an:  
work, Postfach 272, 3000 Bern 15,  
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch  
Einsendeschluss 25. Juni 2021

INSERAT

Umfrage im Coiffeur-Gewerbe

Was sind deine Prioritäten?

- Einen 13. Monatslohn?
- Höhere Mindestlöhne?
- Die 40-Stundenwoche?
- Oder etwas anderes?

Der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Coiffeurgewerbe legt die Arbeitsbedingungen für alle angestellten Coiffeusen und Coiffeure in der Schweiz fest. Nun wird er neu verhandelt. Packen wir diese Chance, unsere Anliegen durchzusetzen.



Verbessern wir gemeinsam die Arbeitsbedingungen der Coiffeusen und Coiffeure – deine Stimme zählt!  
www.unia.ch/gav-coiffeur







## 28 Minuten nach Sonnenaufgang

WANN 2. Juni 2021  
WO Kreuzlingen TG  
WAS Sonnenaufgang über dem Bodensee  
Eingesandt von Ursula Etter, Kreuzlingen

## Gewinnen Sie 100 Franken!

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»**

**workquiz**



### Wie gut sind Sie?

**1. Abstimmung I: Was interessiert den Bauernverband nicht?**

a) Subventionen?  
b) Direktzahlungen?  
c) Vermarktungszuschläge?  
d) sauberes Trinkwasser?

**2. Abstimmung II: Wie hoch hat die Gemeinde Eggwil BE die Trinkwasserinitiative abgelehnt?**

a) mit 60,3 Prozent?  
b) mit 70,3 Prozent?  
c) mit 80,3 Prozent?  
d) mit 90,3 Prozent?

**3. Abstimmung III: Wie hiess der SVP-Kampagnenführer gegen das CO<sub>2</sub>-Gesetz?**

a) Christian Imfarkt?  
b) Christian Imfall?  
c) Christian Imark?  
d) Christian Impfwart?

**4. Abstimmung IV: Was will Umweltministerin Simonetta Sommaruga nach dem CO<sub>2</sub>-Debakel jetzt tun?**

a) mit allen zusammensitzen?  
b) mit allen zusammensingen?  
c) mit allen zusammen Klavier spielen?  
d) mit allen zusammensünneln?



FOTO: KEYSTONE

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d; 2d; 3c; 4a

## WORKPOST

4. Juni

ation: Die grosse Wende in der Gewerkschaftsbewegung

**Wer Arbeitskämpfe innt, wird respektiert**



**Neues Buch: Geschichte eines Aufbruchs**

Das Buch «Die grosse Wende der Gewerkschaftsbewegung» hat das Zeug zum Klassiker. Denn es handelt 30 Jahre Schweizer Zeitgeschichte aus engagierter Gewerkschaftssicht ab. Leider bilderlos, was ziemlich bedauerlich ist. Die beiden Autoren Vasco Pedrina und Hans Schäppi haben Analysen von Aktivistinnen und Aktivisten wie Bernd Körner, Irene Huber, Zita Küng, Bruno Bollinger oder Beat Rindler beigezogen. Plus ein markantes Vorwort von Unia-Chefin und Herausgeberin Vanja Allen. Die Delegierten des Unia-Kongresses in Lausanne...

Neuester, offener: pt, wie die wegung seit den is einem Tief folgsspur kam.

lorenzahlen stiegen, gleichzeitig bliesen die Arbeitgeber zum Angriff auf die sozialen Errungenschaften. Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung lautete das neoliberale Abbruchprogramm. Dem mussten die Gewerkschaften als Hüterinnen der Interessen der Arbeitnehmenden etwas entgegensetzen. Sie konnten nicht politisch...

**WORK 10 / 4.6.2021: NUR WER ARBEITSKÄMPFE GEWINNT, WIRD RESPEKTIERT**

## Das Zeug zum Klassiker

Das Buch «Die grosse Wende der Gewerkschaftsbewegung» hat das Zeug zum Klassiker. Denn es handelt 30 Jahre Schweizer Zeitgeschichte aus engagierter Gewerkschaftssicht ab. Leider bilderlos, was ziemlich bedauerlich ist.

IWAN SCHAUWECKER, VIA TWITTER

## Endlich die ganze Geschichte

Wunderbar, dass die ganze Story erzählt wird.

MARGRITH WIDMER, PER MAIL

**WORK 10 / 4.6.2021: ALLES IM RAHMEN**

## Keine Glanzleistung!

Die Gewerkschaften und der SGB dürfen zu Recht stolz sein auf die flankierenden Massnahmen, die sie konzipiert und politisch durchgesetzt hatten. Ein Meisterwerk! Die Notbremse hat Paul Rechsteiner – auch zu Recht – im Sommer 2018 gezogen, als die Verhandlungsdelegation der Bundesverwaltung die FlaM als Pfand in die (Poker)-Runde mit der EU-Kommission schmiss. Aber seither haben wir bloss noch Hinhaltetaktik in diversen Arbeitsgruppen perfektioniert. Die hauptsächlich mit Männern bestückt waren, die nicht an Selbstzweifeln krankten. Eine Neubesetzung wäre auch bei uns keine schlechte Idee. Wo ist die Regisseurin, die uns Gewerkschaften wieder eine Hauptrolle auf dieser so zentralen wirtschaftlichen und aussenpolitischen Bühne verschafft? Unsere Kolleginnen und Kollegen in Europa würden noch so gern mit uns gemeinsam für EU-weit geltende FlaM kämpfen. Uns zum Vorbild nehmen. Europa geht nicht ohne uns.

DORE HEIM, EX-SGB-SEKRETÄRIN

**WORK 10 / 4.6.2021: «DER ABSTURZ DIESES RAHMEN-ABKOMMENS WAR PROGRAMMIERT»**

## Eine glasklare Analyse

Glasklar wie immer analysiert Paul Rechsteiner Rahmenabkommen, flankierende Massnahmen und die politische Grosswetterlage. Jetzt sollte er nur noch seine Haltung zu einem erweiterten Grundeinkommen, wie es weltweit diskutiert wird oder bereits eingeführt ist, überdenken (Freedom Dividend, Covid Relief). Erweitert deshalb, weil ich mit Rechsteiners Jahrgang vom Grundeinkommen AHV profitiere, früher waren es Kinderzulagen.

STEFAN HILBRAND, PER MAIL

**WORK 8 / 7.5.2021: OHNE POLEN WÄREN WIR LÄNGST VERLOREN**

## Die Spargeln der SVP

Die Nachläufer der Selbstversorger-Partei vermögen nicht einmal selbst ihr kalorienarmes Luxusgemüse aus dem Sand zu stechen! Würden die Bauern vom Volk (über Steuergelder, Konsumgelder, die ihnen der Markt der Protzerbürger Blocher & Co. vorenhalten) so behandelt, wie sie ihre temporären

Knechte abfertigen (baldige Rückschaffung im subventionierten Retourflug), gäbe es schon längst keine Bauern mehr in der Schweiz.

MATTHIAS ZWEIFEL, 58 JAHRE AUSHILFSARBEITEN, ALS FREMDER FÖTZEL AUS DEM INDUSTRIEMIEF, AUF EIDGENÖSSISCHEN BÖDEN, ACH BRAUNEN

**WORK 10 / 4.6.2021: ST.GALLER BAU-GAUNER IM UKRAINE-KNAST**

## Solche Skandalfälle unmöglich machen

In einem gesunden Rechtssystem dürften solche sich über Jahre hinziehenden Skandalfälle nicht möglich sein. Dies ist ein Fall für sich, der einer eigenen Untersuchung bedürfte.

DR. WOLFGANG EISENBEISS , VIA FACEBOOK

**WORK 9 / 21.5.2021: NEUE STUDIE ZEIGT: NOVARTIS & CO. VERWANDELN SICH IMMER MEHR IN FINANZUNTERNEHMEN**

## Nichts, worauf man stolz sein kann

Maximaler Gewinn, saftige Dividende, keine Transparenz, unverschämte Gehälter seiner Manager. Das ist beschämend und nichts, worauf man stolz sein kann.

JAVIER GUTIÉRREZ, VIA FACEBOOK

**WORK 10 / 4.6.2021: JA ZUM CO<sub>2</sub>-GESETZ**

## Weiterhin Gift-Schweiz

Das Schweizer Volk hat also entschieden, die Luft weiterhin zu verschmutzen, das Trinkwasser zu verseuchen, die Nahrungsmittel zu vergiften und das Volk zusätzlich unterdrücken zu lassen. Die Kampagnen der Schweizerischen Verhetzungspartei haben diesen Zielen genützt.

HANS-PETER BÄRTSCHI, WINTERTHUR

## Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**



SEVERIN BRUNNER  
JURASTEIN-  
KLETTERER

Severin Brunner ist in Langendorf SO mit einer jüngeren Schwester aufgewachsen. Dort lebt er heute noch in einer eigenen Wohnung im Dreigenerationenhaus seiner Kindheit, die er als «sehr glücklich und mit vielen Freiheiten» schildert. Das Klettern spielt in der Familie eine wichtige Rolle, die Eltern führten Kletterkurse durch. Severin Brunners Vater ist ebenfalls Sozialpädagoge. «Ich wollte eigentlich nicht unbedingt das gleiche machen», sagt der 27-jährige. Trotzdem ist er froh, mit seinem Vater einen Gesprächspartner zu haben, mit dem er «diskutieren und philosophieren» kann. «Mein Vater war während der Ausbildung meine grösste Ressource.»

**VW-LIEBE.** Seine Freizeit verbringt Severin Brunner vor allem in der Natur – beim Joggen oder Klettern. Gerne ist er auch mit seinem VW-Bus unterwegs, am liebsten auf Campingplätzen in Griechenland. Mit diesem VW-Bus klapperte er auch «Hotspots» von Geflüchteten ab, beispielsweise als 2016 viele von ihnen in Como festsassen. Seit rund zehn Jahren ist Severin Brunner in der Unia aktiv, wo er sich für jugendliche Arbeitnehmende einsetzt.



Severin Brunner (27) legt einen wichtigen Grundstein für die Zukunft von Kindern

# «Ich bin Lehrer, Berater und manchmal einfach Zuhörer»

**Eigentlich mag Bauspengler Severin Brunner seinen Beruf. Doch erst durch den Einsatz in einem Flüchtlingscamp in Griechenland findet er seine Berufung.**

ASTRID TOMCZAK | FOTOS FRANZISKA SCHEIDEGGER  
Manchmal können wenige Tage dem Leben eine neue Richtung geben. Für Severin Brunner waren es zehn Tage im Jahr 2015. Täglich strandeten Geflüchtete irgendwo auf griechischen Inseln. Severin Brunner war 21 Jahre alt und musste die Unteroffizierschule aus gesundheitlichen Gründen abbrechen. Ein Freund sagte ihm, sie könnten Hilfe gebrauchen in einem Flüchtlingscamp auf der griechischen Insel Chios. Der Solothurner überlegte nicht lange, flog hin, zog jede Nacht Boote aus dem Wasser, verteilte Tee, Medizin und half den Menschen, sich zurechtzufinden. «Sehr vieles lief über Körpersprache», erzählt er. Tagsüber sorgten die freiwilligen Helferinnen und Helfer dafür, dass die Gestrandeten eine Tagesstruktur erhielten. «Ich habe schnell einen

guten Draht zu den Kindern und Jugendlichen gefunden, habe mit ihnen Steinmännchen am Strand gebaut, Fussball gespielt, Ballons aufgeblasen – was man halt so tut.» Nur zehn Tage dauerte sein Einsatz, aber die Weichen waren gestellt.

**RICHTUNGSWECHSEL.** Zurück in Solothurn, engagierte er sich in der Organisation «Solothurn hilft», wo er seit der Entstehung dabei war. Gleichzeitig merkte er, dass er in seinem gelernten Beruf als Bauspengler nicht mehr ganz bei sich war. «Ich fand den Beruf mega cool, es ist ein sehr altes Handwerk», sagt er. «Es hat mich immer fasziniert, wie man aus einem Stück Blech was Neues gestalten kann.» Doch irgendwann stand er morgens nicht mehr «mit der gleichen Motivation» auf. Zudem machte ihm sein Rücken zu schaffen – keine gute Voraussetzung für den Beruf. Also entschied er sich, seinem Leben eine neue Richtung zu geben, machte in der Jugendarbeit Burgdorf ein Vorpraktikum für die Ausbildung zum Sozialpädagogen. Nach diesem Prakti-

kumsjahr bekam er allerdings keinen Studienplatz. «Das war zunächst frustrierend, hat sich aber im nachhinein als Glücksfall erwiesen», sagt er. Auf der Suche nach einer Überbrückungslösung konnte er im Jugendtreff seines Heimatdorfs, Langendorf SO, einsteigen. Als Jugendlicher war Severin dort Stammgast gewesen, konnte «ausprobieren», wie er sagt, «auch mal über die Stränge schlagen»: Party machen, laut Musik hören, Graffiti spraysen, übers Töfflifrisieren fachsimpeln.

2018 klappte es doch noch mit dem Studienplatz, und Severin Brunner begann sein dreijähriges Sozialpädagogikstudium in Bern, das er jetzt abgeschlossen hat. Seit dem zweiten Ausbildungsjahr arbeitet er in einem Kinderheim in Kriegstetten SO, wo er ab August eine Festanstellung antritt.

**ROLLENWECHSEL.** Als Sozialpädagoge ist Severin Brunner in verschiedenen Rollen tätig: Er hilft bei Alltagstätigkeiten wie etwa Anziehen und Schulaufgaben, berät die Kinder und Jugendlichen – bis hin zu Themen wie Verhütung. Vor allem aber ist er ein freundschaftlicher Zuhörer. Und eben auch Erzieher, der mal zurechtweisen muss. «Viele sehen im Sozialarbeiter den Typen mit Sandalen und Hawaiihemd, der ein bisschen Kinder hütet», sagt er. «Aber wir haben einen existentiellen Auftrag, die Selbstwirksamkeit dieser Kinder und Jugendlichen zu fördern und ihnen ein optimales Aufwachsen zu ermöglichen. Damit können wir einen wichtigen Grundstein für die Zukunft legen.» Wichtig sei es, sich dieser Rolle immer sehr bewusst zu sein, um die professionelle Distanz zu wahren.

Gerade im Coronajahr habe durch das Homeschooling die «Lehrerrolle» etwas

überhandgenommen. «Aber wir haben viel Unterstützung bekommen – auch durch externe Lehrerinnen und Lehrer», sagt er. Schwieriger sei es gewesen, dass er und seine Kolleginnen und Kollegen Masken tragen müssten. «Manche Kinder hatten anfänglich richtig Angst, und für manche ist auch die Mimik sehr wichtig», sagt er. Severin Brunner hofft nun, dass die Krise bald überstanden sei. Deshalb hat er sich auch impfen lassen – trotz anfänglicher Skepsis. «Ich bin überzeugt, dass wir nur mit der Impfung da rauskommen. Und ich will ein Vorbild sein und ein Zeichen der Solidarität setzen.»

Die Solidarität: Die zieht sich durch Severin Brunners Leben – auch ausserhalb seines Jobs. Als Lehrling sympathisierte er mit der Juso, kam dann in Kontakt mit der Unia-Jugend, wo er nun schon seit rund 10 Jahren aktiv ist. «Ich hatte manchmal das Gefühl, als Lehrling zu wenig zu sagen zu haben. Bei der Gewerkschaft habe ich immer gute Ansprechpersonen gefunden.» Mittlerweile ist er im Sektionsvorstand in Solothurn tätig. Ein besonderes Anliegen ist es ihm, junge Arbeitnehmende beim Eintritt in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. «Es gibt immer noch viele Lernende, die ausgenutzt werden. Und Praktikantinnen und Praktikanten erst recht», sagt er. «Ich mache mich stark dafür, dass die Rahmenbedingungen so sind, dass junge Leute einen guten Abschluss machen können, genügend Zeit für die Ausbildung haben. Davon profitieren letztlich alle.»

Severin Brunner hat in der Sozialpädagogik seine «Berufung» gefunden, wie er sagt. Aber er ist noch längst nicht am Ziel. «Ich will nicht stehenbleiben und halte immer die Ohren offen für Neues.»



IMMER IN BEWEGUNG: Mit Kindern die Freizeit zu gestalten und auch mal auf den Spielplatz zu gehen gehört zu den vielfältigen Aufgaben von Sozialpädagoge Severin Brunner.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), [annesophiezbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiezbinden@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Jonas Komposch, [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadincau@workzeitung.ch](mailto:patriciadincau@workzeitung.ch); Johannes Supe, [johannessupe@workzeitung.ch](mailto:johannessupe@workzeitung.ch) **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Thomas Berger, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Astrid Tomczak, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch) **Korrektur** Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch) **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.